

Ersteinstig täglich
abends mit **Abendblatt**
bei Sonn- und Feiertagen.

Abonnementpreise
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.80 M.
jährlich 6.00 M. in
Vorauszahl. bei 100
Pfd. die Post bezogen.
1.00 M. inkl. Beleglosg.

„Die Neue Welt“
Abendblatt
durch die Post nicht be-
zogen, heißt monatlich 10 Pf.
Beleglosg. 1.00 M.

Telephon Nr. 1047.
Erlangerstraße 10.
Postkass. Halle a. S.



Insertionsgebühr
betragt für die erste Zeile
Politik oder deren Raum
30 Pfennig.
Für sonstige Zeilen
20 Pfennig.
Im rekabonierten Kette
kafat die Seite 75 Pfennig.

Interente
für die fälligst Nummern
müssen fprühstens bis vor-
mittags 10 Uhr bei der
Kapitalien eingezahlt
sein.

Empfänger in die
Polststellungste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Barz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Amerika und Mexiko.

Die Mobilisierung der Vereinigten Staaten
wirft so sehr vor im Vordergrund, die Frage nach den eigentlichen
Beweggründen der Washingtoner Regierung auf. Will sie das
Land anerkennen oder — dessen Oberhaupt für seine un-
sinnlichen Verbrechen an Gut und Menschen beiraten? Zwei-
schlinglich keines von beidem. Denn Mexiko ist seit langer Zeit,
wenn auch nicht politisch, so materiell wirtschaftlich der
Balkanstaat der Ozean. Sein Wirtschaftslage, zwar nicht dem
Balkanstaaten gleiche, wohl aber seiner herrschenden Klasse, den
Kontinentalen. Was Mexiko an Naturprodukten besitzt, und das
ist sehr viel, ist im Weltmarkt amerikanischer Kapitalisten. Durch
als Kanäle seines wirtschaftlichen und gouvernementalen
Lebens stellt der amerikanische Dollar. Ueber 900 Millionen
Dollar haben die amerikanischen Kapitalisten in Mexiko ange-
legt; seinen gesamten Vorrat an Kupfererz kontrolliert oder
besitzt die Gruppe Morgan-Engenbrenn; über allen seinen
großen Schmelzhütten und Minenwerken hängt die Firma:
Copperhead & Sons; der weitaus größte Teil der sehr ergeblichen
Oelquellen gehört der Standard-Oilgesellschaft unter dem Vor-
sitz des Barons Rockefeller; so materiell wirtschaftlich hat
trotzdem der Regierung Diaz so weitgehende Konzessionen
für Mineralplantagen und Zinkproduktionen erhalten, daß sie
in einem Jahrzehnt ein komplettes Monopol beudeuten; die
amerikanische Welt-Argo-Expeditiionskompanie, deren einfluß-
reichster Teilhaber der junge Rockefeller, der Sohn des Lei-
tungsleiters, ist, besitzt den größten Teil des für Monopolproduktion
geeigneten Bodens; die gleiche Kompanie hat sich das Monopol
der Eisenbahnförderung Mexikos gesichert; der Barriernische
Eisenbahnbauern hat in Dr. E. R. Brown einen ergebenen
Agenten im Direktorium des wichtigsten Eisenbahnsystems
des Santa Nacional; die Southern Pacific Eisenbahngesellschaft
besitzt oder kontrolliert drei Viertel der Linien der mexi-
kanischen Staatsbahn; ein Viertel der für die gegebene
Verhältnisse einem absoluten Monopol gleichkommt.

Daß die amerikanischen Kräfte eine solche allmächtige
Stellung in Mexiko erlangen konnten, ist eine Geschichte für
sich, und eine recht kuriose ebenfalls. Dem an Naturprodukten
und willigen Arbeitskräften so reichen Lande managelte das
Geld. Was an Rohstoffen vorhanden war, verschlangen die
inneren Heiden und der Krieg gegen die den Kaiser Maximilian
besiegenden Mächte. Die Geldverlegenheit der be-
herrschenden Oligarchen in Mexiko war die günstige Gelegenheit der
amerikanischen Kapitalisten. Sie brachten diesen wirtschaftliche
Vorteile und damit auch politischen Einfluß. Und was die
Geldnot nicht bringen wollte, wurde durch Verschönerung von Be-
amten, auf fremden Wegen nach, aber doch unsicherbar erreicht.
Man muß wissen, daß Mexiko das Paradies der Ame-
rikanerexportation ist.

Es hat an günstigen Gelegenheiten nicht gefehlt, Mexiko ohne
viel Aufheben und ohne große Gefahren politischer Kom-
plikationen an die Vereinigten Staaten anzuschließen, es unter
irgendwelcher Vorbedingung zu annektieren. Wenn die politische
Geschäftsgelegenheit der Kräfte, die Regierung in Washington,
von der Fraktionierung dieser Gelegenheiten Abstand zu
nehmen für gut fand, so tat sie es aus wohlverstandener
Interesse ihrer Gattung. Die Vernichtung der Selbständigkeit
Mexikos konnte nach Lage der Dinge dem amerikanischen Groß-
kapital keine Vorteile, sondern nur Nachteile bringen. Denn
was das Land an Schätzen birgt, hatte die Regierung des Diaz
billig und billig, gegen geringfügige Äquivalente für den Staat
abgegeben, und hätte sie weniger Geizigkeit gezeigt, so hätte
der „große amerikanische Sandhals“, die Verschönerung, ohne
weiteres zum Ziel geführt.

Zu einer Wendung dieses profitbringenden Zustandes lag
für die Machthaber in Washington nicht der geringste Anlaß
vor. Wäre die Aneignung der Reichtümer Mexikos so billig
und ohne Gefahr und Verantwortung möglich gewesen, wenn
es vollständig zu Amerika gehörig hätte? Niemals. Aber noch
die Einverleibung Mexikos hätte die Vereinigten Staaten
garantieren der amerikanischen Bürger auf die
16 Millionen reicherlos, zu einem Drittel total
verflauster Mexikaner nach sich ziehen müssen.
Denn Amerika hätte nicht zweierlei Recht, zweierlei Bürger,
politisch Herrschende und politisch Verrückte unter dem
Sternenbanner der „Freiheit“ betreiben lassen können, wenn es
nicht den Spott und Spieß der zivilisierten Welt ernten wollte.
Das Land, das sich mit seinem Bräutigam gegen die Sklaverei so
heiß brüht, wird gegenwärtig die verfluchten Unter-
tanen des Diktators Diaz als freier Bürger und schutzberechtigter
Menschen zu behandeln, und ihnen für ihr Landbesitz und
ihre finanziellen Einrichtungen freies Selbstbestimmungsrecht
einzuräumen. Das aber war es gerade, was die amerikanischen
Kapitalisten bis in die innersten Schichten ihrer Ausbeuterklasse
verabscheuten. Denn dadurch hätten sie ja ihr in Mexiko
garantiertes Recht auf unbegrenzte Ausbeutung der Menschen
und unbefristetliche Herrschaft über die Bodenschätze des Landes,
als auch ihren großen Einfluß auf die Regierung nicht oder
weniger eingebüßt. So lange das Land von außen kontrolliert,
ihre Arbeitskräfte ausgebeutet und vernichtet, seine Reich-
tümer fast unentgeltlich angeeignet werden konnten, und die
Privilegien ihrer Klasse waren, war kein Anlaß vor, eine Wende-
rung der politischen Konstellation Mexikos zu veranlassen oder
auch nur zu wünschen.

Die Selbständigkeit Mexikos sicherte den amerikanischen
Kapitalisten die jetzigen Profite; für deren Garantierung
hatte die mexikanische Regierung selbst zu sorgen. Diese hatte
im Interesse der Blumendekoration die Arbeiter zu unterdrücken,
das arbeitende Volk rechtlos zu machen, und der Klassen-
losigkeit gegenüber die Verantwortung für die Missetaten des
Kapitalismus zu tragen, und sie hatte auch die Klüfte, den
Hoch des infam ausgelegenen Volkes, als auch die Gefahren,
die die kapitalistische Wirtschaftlichkeit im Land und in der Re-
gierung heraufbeschworen, auszufüllen. Kurz das bestehende
Verhältnis brachte den Trübsal nur Vorteile, dem Volke nur
Nachteile, der Regierung Mühe und die Pflicht Forderarbeit
zu tun. Was Wunder, wenn der Imperialismus an der
mexikanischen Grenze Halt machte.

Soviet Gründe nun die Washingtoner Regierung für ihre
Zufriedenheit mit dem existierenden Verhältnis zu Mexiko bis
jetzt hat, wobei hat sie auch jetzt für die Mobilisierung der
Arme:

Voritzio Diaz, der Präsident Mexikos, die willkürliche
Kreatur der Trübsal, der blutdürstige Unterdrücker vieler
Staats und Vorkünder, ist dem Ende seiner Verbrechenauf-
bahn nahe. Seine Herrschaft wankt. Was dieser Schurke
vom Jahre 1877 an, wo es ihm gelang, sich zum Präsidenten
aufzuwerfen, bis zum heutigen Tage an Schandtatzen geleistet
hat, ist in den letzten Jahren aus den Millionen Schellen
des mexikanischen Volkes ohne Unterlaß in die Welt hinaus-
geschickert worden. Dieser indianische Tyrann hat politische
Gegner barbarisch verfolgt, Leute wegen Versammlungsgebühren
einkerkern lassen, die persönliche und politische Freiheit be-
seitigt, seinen politischen Widersachern Siderkeit des Lebens
und der Rechte ittellos genommen. Hunderte haben ihre
Gegnerschaft zu Diaz mit dem Leben bezahlen müssen, Tausende
bitten für ihre freie Meinung in feuchten Kerkerzellen, Aber-
tausende irenen ruhe und heimliches im Ausland oder in den
Kerkerzellen der Gekerkerten, ein Drittel des Volkes leidet
in der Peinlage, eine Art Sklaverei, wie sie so brutal nirgends
bestanden hat. Hund Millionen Menschen, die Keines werden
gehören, leben und sterben in der Verelendung. Sie er-
halten keinerlei Lohn, müssen aber unermesslich schuften. Ent-
springt einer von ihnen, so wird er von den Schergen des Diaz
zurückgebracht und für seine Verwegenheit unarmherzig ge-
prügelt.

Die Industrieerhöhung hat es nicht viel besser. Man
erinnert sich noch wie vor ein paar Jahren ein Hausen
streifender Arbeiter vor der Fabrik von der Solbatesa er-
schienen wurde. Des Industriearbeiter werden Hungerlöhne
gekocht, die dann noch weiter gekürzt werden durch den Zwang,
Waren aus dem Laden des Unternehmers zu entnehmen. Er ist
an Händen und Seele gefesselt dem zumteil ausländischen
Ausbeutern ausgesetzt. Eine Arbeiterorganisation wird
nicht gestattet, Streiks werden unarmherzig im Wute er-
stickt.

Das Volk trägt das Joch Irrenden. Oft und oft loberte
die Flamme des Aufstandes empor — und wurde von Diaz
wieder gelöscht. Die beiden letzten Jahre brodelte der pro-
letarische Acheron immer lauter und drohender. Jetzt scheinen
die Unterdrückten mit der Formierung ihrer Polang fertig
zu sein und zu einem himmel Schläge auszuholen zu wollen.
Die amerikanischen Kapitalisten sind besorgt um ihren Pro-
tektor und Agenten. Das Ende seiner Herrschaft kann ihre
Interessen gefährden, ein Sieg der Revolution ihre Privi-
legien für immer vernichten. Darum die Mobilisierung der
Truppen.

Von der Stärke der revolutionären Bewegung in Mexiko
und ihren Erfolgen wird es abhängen, ob die Washingtoner
Regierung, wie einst auf Cuba, im Namen der Menschlich-
keit ihre fengende und schließende Solbatesa über die Grenze
schießt und auch, ob ihr die „Interessen der Zivilisation“ ge-
bieten, das politische Verhängnis Mexiko zu Amerika zu
ändern, daß es auch weiterhin den amerikanischen Trübsal
tributpflichtig bleibt.

Das Frauenwahlrecht im Auslande.

Das politische Stimmrecht besitzen die Frauen zuerst in ein-
zelnen Staaten der nordamerikanischen Union, in
Wyoming (1890), in Colorado (1893), Idaho und
Utah (1870 bis 1897, 1905), ferner in Chile (1870), in Rus-
sland (1905), seit 1908 auch in der Republik der japani-
schen Kaiserin, sowie für das australische Bun-
desparlament, in Finnland, sowie gleichfalls auf der
Insel Man. In England ist trotz der lebhaften Agitation,
welche seit 1865, zu Anfang unter J. St. Mills Führung, ent-
stand wurde, das Stimmrecht der Frauen bei Parla-
menten nicht durchgegrungen. Es scheiterte stets an dem
Widerstande des Oberhauses, obwohl noch bei der Ab-
stimmung im März 1904 das Unterhaus sich mit 182 gegen 88
Stimmen im Prinzip dafür erklärte. Gefordert wird es über-
haupt gemäß dem Charakter des englischen Parlamentwahl-
rechts nicht allgemein, sondern nur für die Frauen, welche Be-
sitzerin oder Mieterin eines Wohnhauses oder einer Wohn-
ung sind oder ein Gebäude im Lande oder Landbesitz selbst-
ständig verwalten. Größere Zugewandtheiten inbezug haben
die Frauen dort im kommunalen Bereich. Für die
städtischen Wahlen erhielten 1880 die unterbeiraten und be-
sitzenden Frauen das aktive Wahlrecht, 1888 erlangten die

Frauen, ausgenommen die verheirateten und unterbeiraten,
die nicht Mieter oder Besitzer eines Hauses sind, die aktive
Wahlberechtigung für die Grafschaftsämter. Die Local-Govern-
ment Act von 1894 erteilte ihnen für die Gemeinde- und
Distriktsämter sowie für die Armenräte nicht nur das aktive,
sondern auch das passive Wahlrecht; aber Vorbehalt und Friedens-
richteramt blieben den Männern vorbehalten. Im Sommer
1904 waren demgemäß schon 1000 Frauen als Wahlenberech-
tigt. Die Berechtigung in die Grafschaften zu wählen und ge-
wählt zu werden, beizigen die kaiserlich-fürstlichen Frauen, einzel-
lich verheiratet oder unterbeiratet, schon seit 1870; sie entfallen
dort selbst eine reiche Tätigkeit. In Schottland wurden
die Hausbesitzerinnen 1881 und 1882 gemeindefähig. In
Irland gewährte man den weiblichen Steuerzahlern
1878 das aktive Municipalwahlrecht, 1896 das aktive und pas-
sive Wahlrecht für die Armenpflege. In den nordameri-
kanischen Staaten sind dagegen die Frauen von den Ge-
meindeämtern fast überall ausgeschlossen, während hin-
wiederum in den kanadischen Provinzen sie seit 1884
mehrheitlich zugelassen sind. In den meisten Unionstaaten
oder sind sie für die Schulräte wählbar, und in einer An-
zahl von diesen auch stimmberechtigt. In Kanada haben sie
an den Schulratswahlen aktiv und passiv teilgenom-
men, in Australien kennt das Gemeindefähigkeitsrecht
keinen Unterschied der Geschlechter. In gewissen
Umfänge sind die Frauen auch in Schweden und in Fin-
land an den kommunalen und Armenratswahlen beteiligt, in
Norwegen hingegen besitzen sie seit 1901 das volle aktive
und passive kommunalwahlrecht, sobald sie ein Einkommen
von 400 Kr. (auf dem Rande 300 Kr.) bestreuen, während das
Wahlrecht der Männer an seinen Jenseits gebunden ist. In-
schweden haben die Frauen auch Zutritt zu allen kommunalen
Ämtern.

Das norwegische Verfassungsbeschluss am 18. Mai
1910 mit 71 gegen 10 Stimmen die Erweiterung der kommu-
nalen Frauenwahlrechte. Nach einer Aufzählung
der Anzahl, Zeitung haben bis dahin 240000 Wählerinnen
ungefähr 430000 Wählern gegenüber. Jetzt werden die Wäh-
lerinnen über die städtische Mehrheit von 60000 Stimmen
bestimmen. In der norwegischen Hauptstadt gab es bisher
88000 stimmberechtigte Männer und 21400 stimmberechtigte
Frauen. Das neue Gesetz bringt 52300 stimmberechtigte
Frauen; sie haben also Macht und Mehrheit von vornherein
in der Hand. Und das wiederholt sich in fast allen größeren
Städten. So sind die norwegischen Frauen, die bisher schon
eine einflussreiche Minderheit bildeten, die ausschlag-
gebende Mehrheit in der Wählerliste geworden.

Am 14. April 1908 stimmte das schweizerische Volksrecht
einem vom Bundesrat angenommenen Gesetzesentwurf an, der
allen kantonen wählenden Frauen und Männern und
allen verheirateten Frauen über 25 Jahre, deren Männer
Steuern zahlen, das Wahlrecht zu den kommunalen
Körperschaften gewährte.

Bei der Veratung des Gesetzes über Arbeitergeschlechts-
gerichte bewilligte die belgische Kammer am 19.
September 1908 mit 62 gegen 20 Stimmen den Frauen das
aktive und passive Wahlrecht.

Am 18. Februar 1910 berichtete der Vorwärts:
Dem gelegentlichen Körper von Maryland liegt ein Ent-
wurf vor, der die Einführung des Frauenwahlrechts
bewirkt. Statt des allgemeinen Wahlrechts wird ein solches
für Frauen mit einem Vermögen von mindestens 200 Dollar
gefordert. Und die „demokratische“ Mehrheit der Legislative
des alten Staatenkammerkammer stellt die weitere Bedingung, daß
alle farbigen Frauen ausgeschlossen sein sollen.

Eine weibliche Wahlreform wird dagegen im jungen west-
lichen Staate Oklahoma betrieben. Anlaß hat durch die
Staatsverfassung geordneten 85000 haben 50000 Bürger dem
Staatssekretär den Antrag unterbreitet, das allgemeine
Frauenwahlrecht einzuführen. Natürlich haben unsere Ge-
setzgeber, die in Oklahoma fast vertreten sind, sich an der
Wahlrechtsbewegung energisch beteiligt. Auch in den west-
lichen Washington, Süd-Dakota und Oregon liegen die
gleichen Anträge für die Volksabstimmung vor.

Politische Ueberflucht.

Halle a. S., den 15. März 1911.

Röfliche liberale „Blod“-Rommbie.
„Blod oder nicht Blod?“

So fragt das maßgebende Organ der fortgeschrittenen
Volkspartei, die freisinnige Zeitung. Das Blatt ist
verärgert darüber, daß die Junter und die Wäfen das Be-
stehen des blaueschwarzen Blods so hartnäckig ablegen,
Das nimmt sich gerade bei der Press. Jg. äußerlicher aus,
da dies eine Organ ganz genau dasselbe Wandler mit ganz
genau denselben „Gründen“ aufgeführt hat, als vor dem
Blauwägen der konservativen-liberalen Blod be-
stand und der freisinnigen durch die Dumm — man denke
nur an das Verensschick! — mit den Juntern über den poli-
tischen Wäfen hatte. Es ist für den Renner ein Versuch, die
genau den bürgerlichen politischen Parteien zu be-
trachten, weshalb wir gern hierüber, was die freisinnige
Zeitung über die Blodablenkung schreibt. Es läuft wie
folgt:

Vertical text on the left margin, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

...Partei geeignete Schritte tun, um der Wiederholung derselben Verhältnisse vorzubeugen.
 Das ist nationalliberal. Man fordert das offene und entschiedene Eintreten für die Antisemiten, und das mit Recht, denn die Nationalliberalen unterscheiden sich nicht im Wesentlichen, sondern nur in der Organisationsform von den erklärten Parteien der Reaktion. Je schneller das nationalliberale Parteigebilde zusammengehoben und die Reste dadurch mit den Junkern und Antisemiten zusammengefasst werden, um so besser für die klare Entwidlung der deutschen Politik. Wenn die Nationalliberalen nicht den Junkern im Osten beizukommen und die Nationalliberalen nicht den Junkern im Westen beizukommen, wird ein nationalliberal firmierendes Agrarier abnehmen können, werden sie wohl nach dem Reichstagswahlkampf in einer einzigen Drohsicht vor dem Reichstage vorfahren können.

Deutsches Reich.

Triumph der Scharfmacher — das Arbeitskammergesetz ist gescheitert. Aus Berlin melbet ein Depeschendirektor: In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man, daß nunmehr das Gesetz über die Errichtung von Arbeitskammern als gescheitert angesehen werden muß. Auch die verschiedenen Regierungen sollen ein Zustandekommen dieses Gesetzes für absehbar Zeit als ausgeschlossen ansehen.

An der Nichtigkeit der Meinung ist nicht zu zweifeln, da das Gesetz von dem Tage als abgetan galt, als der Reichstag die Zulassung der Arbeitsekretäre beschlossen hatte. Die industriellen Scharfmacher haben nicht gerührt und getraut, haben den Staatssekretär gegen Sozialpolitik zu ihren Helfern eingeladen und hinter den Kulissen in lange Gezwitz und Geschoben, bis auch diese Spur eines Fortschreitens der Sozialreform im Sumpfe erstickt ist.

Aber: je unfruchtbarer dieser Reichstag in der Sozialpolitik bleibt, um so energischer werden sich gewaltige Massen des schaffenden Volkes bei den Wahlen für Sozialpolitik erklären — und zwar durch Wahl von Sozialdemokraten!

Bestellung des Oberstes. Die Petitionskommission des Reichstages beschloß einstimmig, mehrere zur Frage der Festlegung des Oberstes vorliegende Petitionen, soweit sie eine Auländerreform wünschen, dem Reichsanwalt als Material, und soweit sie sich auf die Festlegung des Oberstes beziehen, zur Erwägung zu überweisen. Ferner soll der Reichsanwalt erucht werden, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß entsprechend den Entschlüssen des Handwerkes und Gewerbetages und des Deutschen Handelstages die großen zeitlichen Schwankungen des Oberstes beseitigt und das Oberst auf einen bestimmten Sonntag festgelegt werde. Ein ähnlicher Vorschlag ist vom Reichstage schon vor zwei Jahren einmal gefaßt worden. Aber die Regierung rümpelt sich nicht.

Rußland.

Eine neue Drohnote an China.

Petersburg, 14. März. Die Moskowskaja Wremja melbet, daß die russische Außenpolitik an China in sehr entschiedenen Ausdrücken gehalten sei. Rußland werde unbedingt seine Rechte wahren, falls China nicht zur Einsicht gelangt. Im Ministerrat werden fernere Schritte erwogen werden. In informierten Kreisen verlautet, daß die Besetzung Kuldikas nunmehr wahrscheinlich sei; die nötigen Vorbereitungen sind bereits getroffen.

Müht China?

Obgleich der Konflikt zwischen Rußland und China seine Lösung auf friedlichem Wege erfahren wird, sprechen doch gewisse Anzeichen dafür, daß China nicht so ohne weiteres, auf die russischen Drohnungen hin, zu Kreuzen kriegen wird. Wenn

die Wörungen aus dem chinesisch-russischen Grenzgebiete aufsteigen und nicht zu einem nur allzu offensichtlichen Zweck gefunden sind, dann bereiten sich die Chinesen durchaus nicht untätig, sondern bereiten sich auf alle Eventualitäten vor.

Ueber die augenblickliche Situation in China verbreitet die nachstehende Depesche, vorausgesetzt, daß ihr Inhalt stimmt, etwas Klarheit:

Petersburg, 15. März. Aus Chabrin wird hierher gemeldet, daß in verschiedenen Ortschaften der Wertsch mit Ausnahme von den Chinesen eingestellt worden ist. In der Mongolei agitieren chinesische Beamte gegen Rußland (?). Nach Zigitan wurden 5000 Gensche und zwei Millionen Patronen gesandt. Das Militär ist an der Grenze konzentriert. In der letzten Sitzung des chinesischen Ministerrats wurde beschlossen, jeden Versuch fremdländischer Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Chinas zurückzuweisen (?). Der chinesische Generalkonstab macht Aufnahmen am Simgariuer. In Kigun umweilt Wladowitsch sind 5000 chinesische Soldaten postiert.

Sibirische Leute.

Die städtische Kasse in Petersburg wurde plötzlich auf Besicht des Senators Reichardt revidiert. Der Vorsitzende der städtischen Revisionskommission Wladow, wurde wegen Spreßung und Verschönerung verhaftet, nachdem ihm eine Reihe großer Unterschleife von städtischen Geldern nachgewiesen werden konnte. — Der Vorsitzende des örtlichen Verbandes der russischen Leute* in Sornel, Alim Dawadow, wurde wegen eines vor zwei Jahren verübten Mordes verhaftet. Dawadow spielte eine gute politische Rolle.

Marokko.

Ausdehnung des Rufstandes.

Den letzten Meldungen aus Tanger zufolge dehnt sich der Aufstand gegen Sultan Said weiter aus. Eingeborene Regierungsbeamte, die aus Ägypten angereist sind, berichten, daß die Straßen mit Aufständischen angefüllt seien. Das ganze Gebiet von Fez bis Mekka ist heute in Waffen gegen den Sultan. Sie hatten Schwierigkeiten gehabt, durchzukommen. Im Gebiet der Scherarda hätten sie heftiges Feuer gehört; dort hätten spanische Truppen die Aufständischen angegriffen. Ueber das Ergebnis des Kampfes hätten sie nichts vernommen.

Im französischen Ministeriat gab der Minister des Auswärtigen, Cruppi, am Dienstag Aufklarungen über die Haltung des Buerkammes, von dem ein Zeit am 14. Januar den Heberfall auf die Monnaie des Mittelmeeres Maney gemacht hatte. Die Regierung beschloß, nach Casablanca zwei Bataillone Infanterie und zwei Abteilungen Bergartillerie abzuschicken, um die Ausführung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Der Ministeriat nahm ferner von den Besprechungen Mulah Hafid Kenntnis, daß er selbst zur Beseitigung der Rührer des Aufschlages vom 14. Januar schreiten werde. Die Regierung ist entschlossen, darüber zu wachen, daß diese Versprechungen streng und ohne Zäumen ausgeführt werden, damit dieser Aufschlag nicht ungestraft bleibt und der Wiederkehr von Angriffen gegen französische Truppen vorgebeugt wird. — Die Sühne für die Ermordung der französischen Soldaten soll im übrigen den von Frankreich finanziell unterstützten Mächten überlassen bleiben.

Amerika.

Die Aktion gegen Mexiko.

Die New Yorker Tribune veröffentlicht eine ansehnlich inspirierte Darlegung über die Politik der amerikanischen Regierung: „Zunachst bleiben die Truppen ein halbes Jahr lang an der Grenze, um nach Möglichkeit den Waffen-

schmuggel zu verhindern. Wenn jedoch unter Zeit die mexikanische Regierung die Ordnung nicht wieder hergestellt hat, so gehen amerikanische Truppen über die Grenze und Riffen Ruhe.“ (?) wobei neue Wahlen ausgeführt werden, die unter dem Schutze der amerikanischen Truppen gehalten werden, ähnlich wie bei der Revolution auf Cuba. Sodann werden die Amerikaner das Land räumen. Der Herald erzählt: Ungeachtet der gegenwärtigen Wirren seien Verhandlungen über einen Neutralitätsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko angesetzt.

Die Mobilmachung und das Verräterschafts.

Es ist sehr wahrscheinlich, meint der Washingtoner Korrespondent des N. Y., daß das demokratische Repräsentantenhaus nach dem Zusammentreten der außerordentlichen Session die Regierung Lafts interpellieren wird, weshalb eine so kostspielige Mobilisierung vorgenommen worden sei. Die Regierung scheint eine recht fertige Antwort auf die Interpellation bereit zu haben, die insbesondere die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Neutralitätsgesetze betonen dürfte. Das Verhalten der Vereinigten Staaten Mexiko gegenüber erklärte sich übrigens noch aus der bestehenden Möglichkeit einer intimen Annäherung Mexikos an Japan. Andererseits recht fertige diese neue Welle die Unwissenheit amer. Flotten und ihre die mexikanischen Gemüter beherrschende Disposition.

Paris, 15. März. Nach einer Depesche des New York Herald aus Petersburg hat ein aus Artillerie und Kavallerie bestehendes russisches Truppenensemble Befehl erhalten, auf ein erstes Signal hin, die chinesische Grenze in Richtung von Kuldika nach Turkestan zu überschreiten. Diese Maßnahme der russischen Regierung soll dazu dienen, die Aktion des russischen Gesandten in Peking nachdrücklich zu unterstützen, der, wie schon mitgeteilt, Auftrag erhalten, der kaiserlichen Regierung in Peking ein neues Ultimatum zu überreichen. Die russischen Truppen befinden sich gegenwärtig in Margelan, 60 Meilen von Kuldika entfernt und bestehen aus zwei Brigaden, 8 Kompanien Artillerie, 2 Bataillonen Schützen und 35 Eskadrons Kosaken.

Aus der Partei.

Die heilige Veron ist der Arbeitswille. Aus Erfurt wird gemeldet: Die Strafkammer verurteilte am Dienstag den Redakteur der sozialdemokratischen Tribune, Pophold, wegen „Beleidigung“ eines Arbeitswilligen zu vier Wochen Gefängnis.

Partei-Literatur.

Im Verlag von J. O. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Parlamentarismus und Demokratie.** Von Karl Hauns In. Zweite, durchgesehene und vermehrte Auflage. Zwölftes Bändchen der kleinen Bibliothek. Preis broschiert 75 Pfennig, gebunden 1 Mark. (Wetereausgabe 50 Pfennig.)

Die in der Neuen Zeit veröffentlichten Artikel von A. v. Elm Raffen und Führer sowie von Adolf Braun Gemerktschaftliche Berathungsfragen haben in Partei- und Gewerkschaftskreisen eine ungewöhnliche Aufmerksamkeit erregt, die den Genossen Mauths veranlaßt, seine Schrift: **Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie** einer Durchsicht zu unterziehen und aufs Neue herauszugeben. Seine Gründe hat der Verfasser in der zweiten Vorrede ausführlich dargelegt, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Wir werden zu der ganzen Frage nächstens Stellung nehmen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Pennig, für Ausland, Gemerktschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, Solales Otto Hübner, Provinziales und Berathungsberichte Gottl. Kasperel, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.



Neue FRÜHJAHR Moden 1911

Kleiderstoffe.	Gemusterte Alpacas u. Mohairs grosse Farben-Auswahl in moderner Ausmusterung, wie Streifen, Karos und Fantasiemuster. 95/100 cm br. m. 2.00 1.75 1.35	Alpaca-Mohair glattes, feinfädiges Gewebe, seidenglänzend, für leichte Sommerkleider. 110-115 cm breit. Meter 2.25 2.00 1.85 1.65	Serge reine Wolle, kammgarnartiges Gewebe, solider Kleiderstoff, grosses 148 Farben-Sortiment. 90/110 cm breit. Meter 2.20 1.85 1.65 1.48
	Beige melange mit schmalen Mohair-Streifen, prima reine Wolle, in soliden Farben. 95/110 cm breit. Mtr. 2.35 2.00 1.80	Coating ganz Wolle, schwerfallendes Gewebe in den neuesten Saisonfarben. 108/110 cm breit. Meter 2.75 2.45 2.35	Popeline reine Wolle, feingerippter eleganter Wollstoff, vorzüglich im Tragen, neueste Farben-Sortimente. 106/110 cm breit. Mtr. 2.75
	Tag-Hemden all. Ausfühung 1.10 2.50 bis 1.0 M. Stickerei-Röcke pr. Stoffe 1.90 6.50 bis 1.0 M.	Kleid Jackett a. gutem schwarzem Cheviot u. Wollstift in bester Verarbeitg. 27.50 bis 17.50 M.	Kragen gute Qualitäten 40 35 30 23 pr. Serviteurs mit Falten 65 55 48 35 pr.
	Korsetts pr. Drell m. Stahl einlage 2.40 bis 89 Pl. Handschuhe Glace, Seide, Zwirn Paar 2.00 bis 40 Pl.	Handschuhe a. prima schwarz. Coating o. Cheviot netzte, kleid. Form. 10.50 bis 9.50 M.	Manschetten pr. Qual. 35 38 28 pr. Konfirmand.-Hüte 3.50 2.50 1.50 1.60 1.1 M.

Zur Konfirmation.

Geschäftshaus J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Schürzen-Extra-Tage!

Damen-,
Mädchen-,
Knaben-
Schürzen!

Im Parterre
auf Extra-Tischen
ausgelegt.

Während dieser 4 Extratage liegen
bedeutende Posten
Schürzen aller Art
vom einfachsten bis zum vor-
nehmsten Artikel übersichtlich aus.



Wir garantieren trotz der auf-
fallend billigen Preise für gute
Stoff-Qualität, beste Verarbeitung
und tadellosen Sitz.

Donnerstag Freitag Sonnabend Sonntag
Unsere Schürzen-Tage sind in den weitesten Kreisen der Bevölkerung als die
günstigste Kaufgelegenheit bekannt.

Haus- u. Wirtschafts-Schürzen 1 35
extra weit g-schnitten, in gestreift, freund-
lichen Mustern, ringsherum gehend 1.55

Kleid.-Reform-Schürzen 1 45
in modernen Streifen, mit Volant und
Tasche

Dam.-Blusen-Schürzen 95 Pf.
letzte Neuheit, in aparten hellen
und dunklen Stoffen 1.35

Mieder-Schürzen 98 Pf.
guter Sitz, vornehme Garnitur,
hervorragend billig

Blusen-Mieder-Schürzen 1 95
in gestreiften la. waschechten Stoffen,
spann garniert, neueste Fassons 2.25

Haus- u. Wirtschafts-Schürzen 95 Pf.
extra weit geschnitten, in gestreift,
modernen Mustern

Mieder-Schürzen 1 35
aus hellen und dunklen Stoffen, ge-
schmackvolle hübsche Garnierungen 1.45

Kleider-Reformschürzen 1 95
Indigo getupft und vornehm schöner Be-
satz 2.25

Hervorragendes Angebot.
Haus- und Servier-Schürzen
aus eleganten weissen Stoffen, in Mieder- und
Träger-Form, in reicher Stickerei-Garnierung
1 45 Bei der Dekoration **1 95**
angestaubt.

Haus-Schürzen 1 45
Indigo getupft, ringsum reichend
la. Ware 1.65

Prinzess-Schürzen 1 25
in gestreiftem und Indigo-Muster,
reizende Neuheit 1.45

Knaben-Schürzen 85 Pf.
Manchester-Imitation,
dunkle Strapazierstoffe,
Grösse 55-80 95 Pf. 45-50

Schul-Schürzen 95 Pf.
aus vorzüglichen weissen Stoffen

Kinder-Schürzen 38 Pf.
Reform-Schnitte, aus karierten,
einfarbigen u. gestreiften Stoffen
75 85 85

Kinder-Schürzen 95 Pf.
grosse Längen, aus bunten guten
Stoffen 1.65 1.85 1.15

Tee-Schürzen weiss 95 Pf.
Batist mit reicher Stickerei ver-
ziert, vorzüglicher Reformschnitt 1.15

Tee-Schürzen weiss 1 45
aus prima Stoffen, mit Träger und
Volant, reiche Stickerei-Garnierung,
besonders gute Ausführung

Hamb. Engros-
Lager
Leopold

NUSSBAUM

Halle a. S.
Gr. Ulrichstr.
60/61.

Meinen werten Geschäftsfreunden und Bekannten die
ergebene Mitteilung, dass ich aus dem Geschäft Balanus & Kunert,
Holzbearbeitung etc. ausgeschieden bin und unter meiner Firma

August Kunert, Forsterstrasse 47
Tel. 8896

eine **Fabrik für Holzbearbeitung u. Tischlerei**
mit heutigem Tage neu eröffnet. Es wird mein eifrigstes Be-
streben sein, nur saubere und gute Arbeit bei billigsten Preisen
zu liefern und bitte ich um gütige Unterstützung.

August Kunert, Fabrik für Holzbearbeitung u.
Tischlerei, Forststr. 47, Tel. 3696.
Das Abholen und Bringen erfolgt durch eigenes Gesehirr.



Preussischer Kommiss.

Unter diesem Titel schildert ein
Hoffenbewährter Arbeiter seine eigenen
Erfahrungen während seiner Militär-
Dienstzeit. Der Verleger Wianig packt
den in Deutschland immer aktuellen
Stoff frisch und lebendig an und ent-
wirft für Gebildete und Vorkämpfer
gleich interessante Bilder, die gegenüber der landläufigen
Militärdarstellung einmal die Wirklichkeit zeigen.

Zu beziehen in 10 Heften à 15 Pfennig oder auch
brochüriert zu 1.50 M., gebunden zu 2.- M., durch alle
Buchhändler oder direkt durch die

Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Konfirmanden- Schuhe

Oehlschlägers

Einsegnungstiefel in echt
Chevreau u. Box calf sind

vorzüglich in Qualität --
elegant im Aussehen ---
hervorragend in Passform
billig im Preis -----

Einheitspreis:

11⁵⁰ 9⁵⁰ 12⁵⁰

Friedrich Oehlschläger
Schuhwarenhaus

Gegr. 1868.

Gegr. 1868.

Leipzigerstrasse 3, neben dem Rathaus.

Emalle-Schmortöpfe
besonders billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Taufkleiderchen von 1 95 M.
Lätze, Mützchen, Schuhe,
Wagen-Decken von 1 90 M.
Wagen-Rissen von 1 45 M.

Nur eigene Konfektion
in grösster Auswahl.
Ad. Mandelk, Alter Markt 3.

Jeden Donnerstag
Colosseum
F. Mann,
K. Verussstr. 11, Tel. 88.

Kaffee billig!
Jede hebrame Hausfrau pro-
duzieren meine gefeß. geschübten
Adler-Kaffee
Süßholz
1 2 70 J. 1 2 35 J.
Aug. Vorsch. Reimstr. 10a.

Möbel: Kleiderstü-
le 26 M.,
Vertikos
35 M., Spiegel m. Bild. 61
10 M., Sofa, Bett, Wa-
tragen, Trische, Stühle, Stüh-
lmöbel billig zu verkaufen.
August Heine, Geßstr. 51.
Parteischriften empfiehlt die
Vollbuchhandl.

Pa. Harzer Käse
pro Riste (100 St.) 2,90 M., franco
per Nachnahme empfiehlt
Dampfmolk. Meseritz.
Hautunreinigkeiten
beseitigt sicher und schnell
Asswalds Kräuter-Teerschwefelsalbe
H. Oswalds Nachf., Geßstr. 34,
Depot: H. Jandlke, Schmeerstr. 18.

Gebr. Säcke
kauft jeden Boden
Paul Otto, Niemeyerstr. 4.
Sohlleder-Ausschnitt,
Schuhmacher-Artikel.
F. Noah, Gr. Klausstr. 7.

Konfirmationsgeschenke
reizende Vorarbeiten,
grösste Auswahl
Dr. Kunz, Gr. Ulrichstr. 41.
populärer Brunnen & Badewasser.

Möbel-Fabrik
der
Vereinigten Tischlermeister,
Kl. Steinstrasse 6,
empfehlen ihre Fabrikate zu
festen und soliden Preisen.

Tornister,
eigene Handarbeit, billigst
Alfred Krasemann
Gr. Steinstr. 60.

Konfirmationskarten,
Konfirmationsbilder,
Gefangenenbilder, dauerhaft geb.
Schmuckkarten, Parti-
monialen. Haar schmuck etc.
in reicher Auswahl billigst.
Linboth Kell,
Bismilstr. 12, Ecke Wolffstr.
Dofelstr. 12, am Markt für Fabrik
und Leipzig „Jäger“.

Zum Umzug
empfehle
Möbel
in allen Holz- u. Stahlar-
ten.
Besonders
Einzel-Möbel
zu sehr billigen Preisen.
Friedrich Pelleke,
Möbel- u. Waggen.
Geiststrasse 25.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 64

Halle a. S., Donnerstag den 16. März 1911

22. Jahrg.

Der Jugendtrub.

Der Königl. preuss. Militionsfonds zur Verminderung der Jugend.

Im herrlichen Dreiklassenhause wurde am Dienstag der Jugendfortbildungsfonds beraten. Zu Weisungen zwecks Förderung der Pflege der schulpflichtigen männlichen Jugend ist neu eingestiftet ein Fonds von 1 Million Mark.

Herr Ströbel (Konf.) begrüßt die Schaffung dieses Fonds. Das herauswachsende Geschlecht muß zu christlich-patriotischen Tugenden erzogen werden. Dieses Ziel streben vor allem zu die christlichen Jünglingsvereine und die patriotischen Turnvereine. Es handelt sich darum, die Gefahr zu beseitigen, daß die heranwachsende Jugend in unserm Vaterland, in unserm Volk und in unserm Vaterland verloren geht. (Braoul recht.)

Herr Schenck (Centr.): In dem Bestreben, die Jugend zu edel christlich, vaterländischer Gesinnung zu erziehen, findet der Kultusminister unsere freudige Unterstützung. Die Reime der Religion und Vaterlandsliebe, die in der Schule gelegt werden, müssen in der Zeit von der Schulentlassung bis zum Militärdienst weiter gepflegt werden. Den Gefahren dieser Stürme- und Drangperiode der Jugend, die die Ermüdung der sozialen Verhältnisse mit sich gebracht hat, hat die Regierung bisher zu wenig Beachtung geschenkt. Die heutige Jugend hat einen geradezu krankhaften Hang zur Selbstmordtätigkeit. Aufgabe der Jugendpflege wird es sein, die Jugend in dieser entsetzlichen Zeit der inneren Kämpfe ihrem Gott und ihrem Vaterlande zu erhalten. (Braoul i. Centr.) Es gehört die kulturhistorische Erziehung des Abg. Ströbel dazu, die katholische Geistlichkeit vornehmlich zu machen für den Erziehung der Volksschule in solchen Ländern, die überhaupt keine katholische Schule mehr haben. (Braoul recht.) Wir wollen die Jugend nicht freizeiten, wie Herr Ströbel meinte, sondern wir wollen sie befähigen aus dem Glauben, der sie ihrem Glauben, der Familie und dem Vaterland entfremden wollen; wir wollen die Jugend frei machen von den Fesseln einer Partei, die keine wahre Freiheit kennt. (Leb. Braoul i. Centr. und recht.)

In der Abendigung wurde die Debatte fortgesetzt. Herr v. Schenck (Centr.): Der Staat will jetzt erstreben, was auch der Mensch, unfertigen Jugend helfen. Zu befragen ist, daß die weibliche Jugend nicht mitbedacht ist.

Herr v. Schenck (Centr.): So begrüßt wie der Vorredner sehr ich der Vorlesung nicht gegenüber, denn über die Art der Verwendung des Geldes ist nicht geklärt. Bekanntlich ist auch, daß die Zentrale für Volkswirtschaft völlig ausgeschaltet erscheint. Wir werden im nächsten Jahre eingehende Aufklärung über die Verwendung des Geldes von der Regierung fordern müssen. Sehr bedenklich erscheint, daß nur Vereine unterstützt werden sollen, welche die Jugend in „vaterländischem Geist“ erziehen. Diese Wendung rechtlicher den Verbands, daß weite Kreise, deren Mitarbeit nicht einberufen werden kann, wie die Gewerkschaften, von der Unterstützung aus diesem Fonds ausgeschlossen sein sollen. (Braoul b. d. Volkspartei.) Kultusminister v. Schenck zu Solg.: Die Mittel sollen nicht burokratisch verwaltet werden, sondern in freier Betätigung der Vereine; wir werden dabei alle konfessionelle und politische Färbung der Vereine unterstreichen, behandeln, wir wollen eben unsere Jugend erziehen, nicht Politik mit ihr treiben. Die Grenze ist dadurch gegeben, daß die Verbände in vaterländischem Geist wirken, auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung treu zu Kaiser, König und Reich stehen. (Leb. Braoul b. d. bürgerlichen Parteien; Abg. v. Schenck (Centr.): Das ist nicht politisch feindlich?)

Herr Ströbel (Konf.):

Es handelt sich hier darum, solche Organisationen zu unterstützen, die den Kampf gegen aufstrebende Kultur der Arbeiterklasse führen (Widerpruch recht) und es ist bedauerlich, daß die Parteien der Linken in ihrer verbliebenen Naivität das nicht begriffen haben. (Lachen recht.) Es handelt sich auch hier wieder um einen

Kampf gegen die Sozialdemokratie, um einen Kampf „um die Seele des jugendlichen Arbeiters“. Es handelt sich um die

Unterstützung von Minderheit und Fremdelement gegen die moderne Weltanschauung in Kunst und Wissenschaft, wie sie von der proletarischen Jugendbewegung gepflegt wird. Doch die Parteien in diesem Kampf der Sozialdemokratie allein überlassen, ist bedauerlich für die Freimüthigen. (Leb. Braoul b. d. Soz.) Der Abgeordnete Schenck hat es aus gesprochen, daß der Geist des Gehorams gepflegt werden soll — in christlichem Sinne. Von Herrn Christmann wendet sich jeder wirklich christlich gläubende, der in jedem Menschen seinen Bruder sieht, voll Ekel ab. (Räumende Lärme b. d. bürgerlichen Parteien.) Sie meinen

„Gehoram gegen das Ausbeutertum“.

Die Erziehung Ihrer Jünglinge ist die Pflicht vor der Sozialdemokratie, das besetzt Ihr Orde von der „vaterländischen“ Gesinnung. Wirklich vaterländische Gesinnung pflegen wir Sozialdemokraten; denn wir wollen die Zustände im Vaterlande angenehm für die Volksmassen gestalten. Sie dagegen wollen die Volksmassen entrechteten und niederknien, das besetzt ja Sie

Freikämmerer am Dreiklassenwahlrecht.

Präsident v. Kröcher: Der Patriotismus und vaterländische Geist, von dem Sie sprechen, gehört nicht zum Schlußsatz.

Herr Ströbel (Konf.): Das hätten Sie dem Kultusminister sagen sollen.

Präsident v. Kröcher: Fahren Sie nur fort, ich werde Sie schon aufmerksamer machen, wenn Sie von der Sache ablassen.

Herr Ströbel: Sie sehen, meine Herren, wie hier die Freikämmerer ausgeübt wird.

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Braoul recht.)

Herr Ströbel (fortfahrend): Wenn Sie wirklich die Jugend unterstützen wollten, müßten Sie die proletarischen Jugendvereine unterstützen, nicht aber religiöse Vereine. Peter Reichensperger sagte, ein Recht auf Bildung besteht so wenig wie ein Recht auf Lebensunterhalt, nur von Wohlthäten kann hier die Rede sein. Ein anderer Zentrumsführer wandte sich gegen die moderne Schulbildung, weil sie zur Sozialdemo-

kratie führe. Überall, wo die katholische Kirche nachvoll ist, ist auch die Schulbildung gering. (Leb. Sehr richtig! b. d. Soz.) Keinerlich behauptete auch, eine Moral ohne Gott sei unmöglich. Daß sich dagegen kein starker Widerspruch erhob, ist bezeichnend für das Kulturniveau dieses Hauses. (Leb. Braoul b. d. Soz.) Kein Wort des Lobes fand das Zentrum für die Schulisierung der proletarischen Jugendvereine durch die Volksschule. Sie haben eben kein Interesse an der Macht Ihrer Ideen bei einem Kampf mit gleichen Waffen. (Leb. Braoul b. d. Soz.) Der Redner schloß eingehend die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung und die politische Drangsalierung und Unterdrückung ihrer Organisationen. Diese verbreiten wirklich Kultur, und es ist charakteristisch, daß der Abgeordnete Schenck sich darüber entäußert, daß auch Jola, Manjaffa, Angenguber, von der proletarischen Jugend geliebt werden. Das kennzeichnet den banalen Charakter des Zentrums. Mit großer Macht hat die Regierung stets proletarische und andere Vereine gemessen; das geschieht auch bei den Jugendvereinen, trotz der hitzigen Befehle bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes. (Leb. Braoul b. d. Soz.) Der Redner bewies dies an einer großen Zahl von Beispielen. Und Sie, meine Herren, freuten sich über dies

Niedertriten der proletarischen Jugendorganisationen.

Da wäre man wirklich berührt, auszurufen, was jüngst mein Freund Liebknecht ausrief (Anmerkung der Redaktion: Die Scham ist zu den Dünden entflohen) (Lust. b. d. Soz.) In den katholischen wie evangelischen Jünglingsvereinen wird in gleicher Weise übermäßig das religiöse Götze gepflegt, für die Bildung geschieht gar nichts. Die Sozialdemokratie läßt sich die

Blöße des Raub und der Literatur

unter der Jugend anlegen sein, der Kommissar hat auch eine billige Schillerkassette veranlaßt; das Zentrum dagegen verpönt Goethe, Schiller, Heffner.

Es ist nicht ein Stand, daß für derartige Bildungs- und wissenschaftliche Vereine der Staat eine Million hergeben will, und ist es nicht unerhört, daß selbst die Liberalen nichts dagegen einzuwenden haben! (Leb. richtig! b. d. Soz.) Nein, die Nationalliberalen und Freimüthigen marschieren Arm in Arm mit dieser Sorte von Jugendhelfern. Der Kultusminister hat sich auch zu dem Reichsgerichtsurteil vom 20. Juni geäußert, wonach zum Unterricht nur dann eine Erlaubnis gehört, wenn er ein Erlaß für den Schulunterricht ist; das trifft nicht zu für Kasse, Schwimmbad, Turnplatz und ganz gewiß nicht für künstlerische und wissenschaftliche Vorträge. Der Minister sagte, er habe eine Instruktion erlassen, um die Praxis der Behörden in Einklang mit dem Urteil des Reichsgerichts zu bringen. Trotz unserer Jurufe ist er auf den Inhalt des Erlasses nicht eingegangen, und wir sind zu dem größten Mißtrauen berechtigt, um so mehr, als der Minister sich in aller Öffentlichkeit eingelassen hat, was eben „Erlaß des öffentlichen Unterrichts“ ist, wo die Grenze zu geben sei. Solche Mißtheile sind bei dem Wortlaut des Urteils ganz überflüssig, er ist so klar, daß selbst der Kultusminister ihn begreifen sollte. (Leb. Braoul b. d. Soz.) In dem Fall des politischen Gesandtenvertrages der Kultusminister hat sich damit herauf zu erheben, daß es mehrere Wochen gedauert hat, bis das Urteil ihm bekannt war. Das widerpricht den Tatsachen. Noch im Januar dieses Jahres sind in Berlin naturwissenschaftliche Vorträge eines Herrn Graf in gleicher Weise gehindert, und das Reichsgerichtsurteil kammt aus dem Juni vorigen Jahres. Es kann also gar keine Rede von einer bona fides (gutem Glauben) beim Kultusminister sein, er hat sich wider besseres Wissen über das Gesetz hinweggesetzt, er hat das Gesetz mit Füßen getreten. (Lust recht; Standal, unerhört!)

Präsident v. Kröcher: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Herr Ströbel (fortfahrend): Ich habe nicht mehr viel zu sagen; ich unterschreibe alles, was mein Freund Liebknecht hierüber dem Minister gesagt hat. Ich wundere mich auch nicht über das Verhalten des Kultusministers, denn die ganze Handlungsweise der preussischen Verwaltung ist der Rechtsbruch in Verneinung! (Leb. Zustimmung b. d. Soz. Laute Jurufe recht; unerhört!)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zum drittenmal zur Ordnung.

Damit schließt die Besprechung. Der Titel wird be willigt.

Schluß 11 Uhr.

Das Ministerium Monis wacklig?

Aus Paris wird geschrieben: Trotz der großen Verehrtheit, die das Ministerium Monis bei seiner Antretensvorstellung in der französischen Deputiertenkammer auf sich vereinigte, scheint seine Stellung nicht gefestigt zu sein, zumal wenn man nach den Vorkäufungen urteilt. Das Zentrum tut sich darin besonders hervor. Allen voran der republikanische Tempel, der seinen Zug verheißt, ohne einen gültigen Artikel gegen das Ministerium loszulassen. Interessant dabei ist, daß das in auswärtigen Angelegenheiten führende Blatt es sich ganz besonders angelegen sein läßt, die angeblich schlappe äußere Politik des Ministeriums zu kritisieren. Den Romanand der Partei ist im März eine französische Streichkugel gesetzt worden. Einmal in einem Hinterhalt getreten und hat einige Verluste erlitten. Weil nun das Ministerium nicht gleich einen großen Nachschub nach berühmten Wintern unternimmt, wird ihm von den französischen Freisinnigen der Krieg erklärt. Aber nicht nur die Progressiven und die demokratische Linke nehmen dem Ministerium gegenüber eine mehr oder weniger feindselige Haltung ein, auch ein Teil der radikalen Presse befaßt die neue Regierung, allen voran die Action, die Rancera und die Petite Republique. Diese Mißhät wird das Ministerium eigentlich nur vom Radikal und dem Freisinnler unterstützt. Auch die infolge des Eintritts der Abgeordneten Verneinung und Dumont in das Ministerium vorgenommene Wahl des Vorstehers und des Generalsekretärs der Budgetkommission ist für das Ministerium ungünstig ausgefallen. Es hat den Ansehen, als ob die Deputiertenkammer nur auf die erste Gelegenheit wartete — und eine solche findet sich immer sehr schnell — um die Regierung zu stürzen. Auch die von dem Exekutivkomitee der radikalen Partei an das Ministerium gerichtete Vertrauensresolution würde an der Sache nichts ändern.

Überflächlich betrachtet, erscheint diese Entsehung des Ministeriums unbegründet. Weder in seiner Programmierung noch in seinen bisherigen Taten kann man den Grund dieser Opposition finden. Das Programm haben wir bereits besprochen. Von seinen Taten kann man als hervorhebend höchstens seine Haltung in dem Konflikt der Stadelhändler der Bretagne bezeichnen. Nun, das Ministerium hat, wie sich gehört, Ombdarmen und Militärs nach dem Streik geschickt, eine alte Frau ist bei einem Zusammenstoß zwischen den Streikenden und der Gendarmenarmee sogar durch einen Kolbenstoß getötet worden. Trotzdem richtet die gesamte reaktionäre Presse die heftigsten Angriffe gegen die Regierung wegen angeblicher Parteimache zugunsten der Streikenden. Die Regierung hat nämlich dem Streikenden den Auftrag erteilt, nicht nur die „Freiheit der Arbeit“ mit Mißtraut zu schützen, sondern alles zu tun, um einen friedlichen Ausgleich des Streiks herbeizuführen. Und das ist dem Streikenden auch gelungen. Der teilweise Erfolg des Streiks erklärt die Wut der Reaktion.

Diese Wut beweist aber zugleich, wie sehr die Politik Brandaes reaktionär war und das politische und wirtschaftliche Schmachtwort verdient hat. Was nun das Geschick einiger radikaler Wähler betrifft, die sich ohne Zauberton nicht halten können, so ist das nur das Geschick von Leuten, denen der Vortröber höher gebührt werden ist. Im übrigen werden wir ja bald sehen, ob diese Radikalen, die Branda unterliegen und ein radikales Ministerium bekämpfen, auch den Mut haben werden, es zu tätigen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 15. März 1911.

Militarismus und Sozialdemokratie.

Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militarismus ist wohl die wichtigste Frage im Kampfe um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Nachdem alle bürgerlichen Parteien, auch der sogenannte Fortschritt, grundsätzlich ihren Frieden mit dem heutigen Militarismus gemacht und eben noch einseitig die neueste Militärvorlage bewilligten, ist die Frage der grundsätzlichen und praktischen Stellungnahme zum heutigen Militarismus aber auch für den kommenden Wahlkampf praktisch sehr wichtig und bedeutsam geworden. Deshalb hat die Bildungslehre für den an kommenden Freitag im großen Volkspark stattfindenden Programm-Vortrag den Genossen Dr. Karl Liebknecht genannt, der am besten berufen ist, unsere Stellung zum Militarismus klar und tiefgründig zu behandeln. Genosse Liebknecht hat bekanntlich ein vortreffliches und gehaltreiches Buch über Militarismus und Antimilitarismus geschrieben, was das Reichsgericht dadurch anerkannt, daß es das Buch konfiszierte und den Verfasser für anderthalb Jahre auf Festung schickte. Der Reichsanwalt hatte Zuchtshaus beantragt.

Kein Zweifel: Genosse Liebknecht kennt den Militarismus, und die Führer werden aus seinem Vortrage für die tiefere Erkenntnis der politischen Gesellen reichen Nutzen ziehen. Einzige Eintrittskarten zu dem Vortrage sind noch in der Volkshausbibliothek und in der Expedition des Volksblattes zu haben (Preis 10 Pf.).

Zur Ausperrung im Steinbergergewerbe

Berichtet man uns, daß von den gestern gemeldeten Urteilen noch Zeit ausgenommen ist, so daß sich namentlich die Ausperrung über acht Städte innerhalb des Regierungsbezirks erstreckt. Die Anzahl der Ausperrten beträgt etwa 150 Mann, was also bis zur Stunde noch nicht die von den Unternehmern gewünschte Höhe erlangt. Daß die Unternehmer mit Unbedruck arbeiten, um die nicht Ausperrungen hierzu zu bewegen, sei nur nebenbei gesagt. „Wir müssen ja ausperrn“, solche Ausdrücke mußten die Ausperrten öfter hören. Unter Verdrückung der Strafbefehlsungen, die in den Unternehmernorganisationen üblich sind, hätte das auch erstarrt erwidern.

Daß manche Unternehmer auch bei diesem Kampfe mit den besonnenen geistigen Waffen kämpfen, ist ja nur zu selbstverständlich. So unter anderem wird offensichtlich das Gewerbe verdrängt, die Deputiertenkammer zum Gewerbeverband haben den Inhalt eines Schriftstücks vom Unternehmerverband ihren Mitgliedern vorgelesen, also unterliegen. Sollte das Gericht von der Leitung des Gewerbeverbandes ausgegangen sein, so wäre das allerdings eine ausgeprochen wissentliche Unvorsicht. Man sollte doch wohl wissen, daß derartige Manipulationen in Arbeiterkreisen auszuwickeln sind. Im Hinblick auf diese unsäure Verdrückung soll noch der Ausdruck eines Raumburger Unternehmers niedriger gehalten werden, der dem Gewerbe des Steinbergverbandes, sobald er sich in Raumburg sehen laßt, Ziegelsteine an den Kopf werfen will. Das ist die höchste Potenz des Kampfes mit geistigen Waffen!

Wie den Ausperrten mitgeteilt ist, scheinen viele Unternehmer gar nicht zu wissen, warum ausgeperrt ist. Während der eine behauptet, man habe den Steinberg des Gewerbeverbandes, die Deputiertenkammer, ein anderer wiederum von 8 Pf. spricht, betrifft das Gros der Unternehmer den Standpunkt, daß nur 2 Pf. Zulage bewilligt sind. Einem Unternehmerrückschreiben nach — sollen wohl 8 Pf. bewilligt sein, jedoch dürfen infolge einer Wortfälschung nur 2 Pf. innerhalb drei Jahren zur Ausperrung kommen. Aufklärung von den Unternehmern tut hier dringend not. Daß man im übrigen die Forderung der Steinbergbewilligung kann, geht daraus hervor, daß ein Weisensfelder Unternehmer gegenwärtig einen Streikbrief pro Tag 10 Mk. zahlen soll. Die Forderung der Arbeiter war bekanntlich: Entweder innerhalb drei Jahren 5 Pf. Lohnerhöhung oder ein Streik auf ein Jahr mit 2 Pf. Lohnerhöhung. Daß mehrere einige Unternehmern die Forderung der Ausperrten bewilligt haben, dürfte alle Gegenstände erledigt sein.

Nach Meinung der Unternehmern „muß“ die Ausperrung zu ihren Gunsten ausfallen, weil angeblich die Gewerbetreibenden auf ihrer Seite stehen. Es bedürfte nur eines Wortes, behaupten sie, um die Stadtverwaltungen zu bewegen, sich den Unternehmern zu fügen. Obwohl wir zwar wissen, daß Arbeiter bei den Behörden keine „gute Nummer“ haben, so erscheint es in diesem Falle doch unwahrscheinlich, daß das Kommando der Unternehmern befolgt wird, um so mehr, als sich ja die Steinbergbewilligung unparteiischen Schiedspruch unbedenken fügen wollten.

Protestkundgebung gegen die Rechtlosigkeit der Frau im öffentlichen Leben!

Sonntag den 19. März 1911 nachmittags 2½ Uhr im großen Saale des Volksparkes:

Große öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:

Warum fordern die Frauen das gleiche Wahlrecht in allen öffentlichen Körperschaften?

Referent: Arbeitersekretär Fr. Klees.

Niemand, besonders keine Arbeiterin, keine Frau, fehle in der Versammlung.

Der Protest muß wichtig gestaltet werden!

Das Gewerkschaftskartell.

Der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis.

Verkommung und Verfallung.

Die mit Jähigkeit lange Jahre hindurch wiederholten Bemühungen der Polizei, das Wahlrecht durch Aufhebung des Streikpolenrechts zu beschränken, das Vereins- und Versammlungsrecht durch Einengung des Begriffs Verein zu verwickeln, durch fortwährende Verhinderung der Verteiler, die Handzettelverteilung namentlich gewerkschaftlicher Natur zu unterbinden, haben von den Weidern hoher und höherer Instanz teils zu wollen, teils zu halbem Erfolge geführt. Immer mehr wird das polizeiliche Vorgehen, den Staatsbürger bei jeder Handlung, jeden Augenblick unter die polizeiliche Hand zu stellen, verwirklicht. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn auch die von der Sozialdemokratie veranstalteten Flugblattverteilungen in der gleichen Weise verfolgt und vereitelt werden. Da sie diesfalls Sonntagstage vorausgenommen werden müssen, bieten die Verkommungsordnungen bequeme Handhabe, auch diese Verfolgung hausbürgerlicher Freiheit zu verhindern.

Jede Verkommungsordnung, und also auch die schädliche, enthält den Kaufschuldbegriff der „öffentlich bemerkbaren Arbeit“. Dieser haben die Gerichte endgültig fest entschieden, daß Flugblattverteilung außerhalb der Märkte an Sonntagen nicht unter den Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit fällt. Jetzt nach der neuesten juristischen Meinung auf diesem Gebiet scheint es anders werden zu sollen. Und zwar haben wieder die Hallenser den zweifelhaften Vorzug, dabei voran zu schreiben.

Am Sonntag, den 21. Januar d. J., wurden in den Säulenhallen der Stadt von 8-10 Uhr vormittags von unseren Genossen Flugblätter verteilt. Die Polizei griff ein, lauzerte die Flugblattverteiler förmlich ab und führte eine ganze Anzahl von ihnen. Sie stieg sich bei ihrer Aktion auf die Oberprüfungsordnung vom 27. Oktober 1905, nach der öffentlich bemerkbare, geräuschvolle Arbeiten an Sonntagen verboten sind. Im Jahre 1906 hatte die Polizei gegen uns schon einmal eine solche Aktion unternommen und war damit bei allen Anlässen abgefallen. Um so mehr mußte auffallen, daß die Polizei die gerichtliche Belehrung nicht mehr beachtete. Die wegen der Flugblattverteilung situierten Genossen hatten sich deshalb gehen vor dem Schöffengericht — in zwei Serien zu 15 und 16 Personen — zu verantworten. Von den Verdächtigten war niemand erschienen, und da zur ersten Serie auch einige Zeugen fehlten, wurde der erste Prozeß vertagt und „nur“ gegen die zweite Serie verhandelt. Als Verteidiger wirkte Rechtsanwalt Dr. Müller. Genau ein Dutzend Zeugen, uniformierte und kriminalisierbare, traten als Zeugen auf.

Nach ihren Angaben waren die Flugblätter auf die verfallene Weise, namentlich nur in den Säulenhallen, verteilt worden. Einige leisteten sich in der Anzeige die Bemerkung, daß das Verteilen sogar „Aufsehen erregt“ habe u. s. w. Daß die Verfolgung der Sache einen gewissen politischen Anstrich habe, konnte man auch daraus entnehmen, daß der Richter bei der Befestigung einiger Verfügungen in den Protokollen sagte: „Was soll denn das Eingeklagte von der sogenannten sozialdemokratischen Partei (!) eigentlich bedeuten?“ Was mag es mit dieser merkwürdigen Einfügung für eine Verwandtschaft haben? Die Protokollausgaben liefen alle auf eine bestimmte Richtung hinaus und hinterließen den Eindruck, als wenn die Beobachtung der Flugblattverteiler am betreffenden Morgen auf eine Anwesenheit zurückzuführen sei. Dies Gefühl muß auch der Verteidiger gehabt haben, der einem der zuerst benommenen Protokollisten die Frage vorlegte, wie wohl der Befehl gelaute habe, nach dem die Protokollisten gegen die Flugblattverteiler vorgehen sollten? Der Zeuge beantwortete die Frage nicht, sondern betraf sich auf seine Amtsverschwiegenheit! Und als Rechtsanwalt Dr. Müller meinte, Zeuge müsse sich doch darüber äußern, denn man müsse doch wissen, mit welchen Augen die Flugblattverteiler betrachtet worden sind, entgegnete Zeuge: „Da, Befehl ist von dem Kommissar gegeben worden.“ Andere Polizeigenossen meinten dann, sie hätten den Befehl im Appell erhalten und einige waren von ihren Kollegen unterstützt worden, während einige von der Vorberetung nichts wußten. Mit Regelmäßigkeit wiederholten sich die Auslagen: Die Angeklagten gingen von Haus zu Haus, — sie gingen als Streikträger, — „damals, die Verteilung war öffentlich bemerkbar“ u. s. w. Einige Beamte hatten die Wäcker aus den Taschen und unter den Ärmeln hervorgerufen. — Wir „ermuteten“, daß die Angeklagten die Zettel unter dem Rock tragen, meinten einige Zeugen, denn die Kleidungsstücke waren aufgebaut! Zwischen 20 und 100 Flugblätter wurden den Verteilern abgenommen. Einige Protokollisten hatten Rollen

„große“ Bälde, Päckchen, einige aber auch in den Händen „Wäcker“ gehalten. Jeder Unbeteiligte hätte bemerken können, daß Zettel verteilt wurden. Die Zettel seien mehrfach über den Arm gestreut worden. Streikpolenplakaten waren „neugierig“ genossen. Einer der Zeugen aus Gewand machte einem Kollegen gegenüber den Einwurf: „Na, wenn ich auf der Straße mit ausgehenden Tüchern an Ärmeln vorbeigehen würde, würde Ihnen das ausfallen?“ Zeuge: „Nein“.

Der Amtsanwalt beantragte nur in einem Falle die Freisprechung im übrigen aber die Aufrechterhaltung sämtlicher Strafverfügungen. Die Verteiler hätten die Wäcker nicht zu ihren Vergnügen verteilt; es liege eine öffentlich bemerkbare Arbeit vor.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Müller, erklärte, „man müsse schon zurück sein“, und in solchen Fällen eine Arbeit zu konstatieren. Die Flugblätter sind in agitatorischer Absicht und aus ideellen Motiven, aber nicht in zu arbeiten verteilt worden. Wohin man den Begriff Arbeit immer so wie der Amtsanwalt auslegen, dann könnte man jeden Fußballsport, der doch jedenfalls nur zum Vergnügen betrieben werde, als Arbeit ansehen. Kraftentfaltungen beim Spiel seien „auch meistens öffentlich bemerkbar“. Ein Parteimitglied erwiderte die Strafentfaltung bei der Flugblattverteilung nicht direkt als Arbeit. Wenn auch das Entgelt als kein Kriterium der Arbeit zu betrachten sei, so betrachte man doch im lands- und sprachgebrauchlichen Sinne die Arbeit als etwas, für das man einen Lohn empfangt. In jener Oberprüfungsordnung vom 27. Oktober 1905 sei denn auch extra betont worden, was als geräuschvolle Sonntagarbeit zu betrachten ist. So z. B. Belarbeiten, gewerbliche Arbeiten, Verarbeiten von Waren, Möbeltransporte u. s. w. Und weil der Gelehrte die Tugend von Zeugnissen antrahte, habe er zeigen wollen, was als Nichtsinnur dienen solle. Man solle doch eine Verordnung nicht zugunsten einer Polizeibehörde auslegen, die politische Zwecke verfolgt. Der Verteidiger wies dann auf die früheren Entscheidungen des Schöffengerichts und der Strafkammern in gleichen Fällen hin, in denen die Flugblattverteilung nicht als Arbeit angesehen worden sei. Das Kammergericht habe allerdings früher einmal gesagt, man müsse solche Flugblattverteilungen von Fall zu Fall beurteilen und könne nicht festlegen. Aber man müsse auch bedenken, daß kein einziger Richter an der Flugblattverteilung Anstoß genommen habe. Die Zeugen, die hier aufgetreten seien, haben die Sache nicht unbetragen beurteilt, sondern seien mit „Polizeigenossen“ zu Werke gegangen. Genieß machte es den Polizeibeamten alle Ehre, daß sie alles so auf, sogar „arobe Bälde“ und „Wäcker“ gehalten hätten. Sollten sie aber nicht vorher Wind bekommen, dann hätten sie sicher nicht die „öffentlich bemerkbare Arbeit“ gehabt.

Das Schöffengericht verurteilte wider Erwarten 13 Genossen zur Zahlung von Geldstrafen in Höhe von je zwei Mark und fivard drei Genossen als nicht überführt frei. Verurteilt wurde anscheinend: Als Arbeit betrachtete man eine Tätigkeit, die mit Kraftentfaltungen verbunden sei. Das Flugblattverteiler müsse als eine Arbeit angesehen werden. Wer nichts zu tun habe, werde sich schon bitten und von Haus zu Haus, Trepp auf und Trepp ab gehen. Als erwiesen angenommen worden sei, daß die Arbeit öffentlich bemerkbar geworden ist. Die Zeugen hätten dies behauptet.

Wir wollen zu dem Urteil nur bemerken, daß diese Entscheidung den früheren Entscheidungen diametral gegenübersteht und daß das Urteil selbstverständlich zunächst durch Berufung angefochten wird.

Konflikt, Konflikt!

Am 13. Februar vorigen Jahres, dem Vatikanstage unseiner Angehörigen, wurde aus der Steindrucker Eduard Marxert ein Exemplar des Volksparades. Ein „unermittelt gebliebener“ Polizeigenosse (siehe Fall Weindorf in Breslau, Fall Hermann in Berlin u. a. Les von hinten seine Schritte auf den Mann niederfallen, der sich bückte, um seinen Hut aufzunehmen. In solcher Situation ist damals mehrere Personen mit dem Säbel bearbeitet worden. Marxert war zufällig unter die Demonstranten geraten und hatte sich wie viele, völlig ruhig verhalten. Der Säbelhieb verurteilte bei ihm eine zehn Zentimeter lange Kopfwunde.

Auf Grund des Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände bei Amtspflichtverletzungen von Beamten in Ausübung der öffentlichen Gewalt und des § 839 V. G. V. strengte der Verletzte eine Klage wegen Schadenersatz in Höhe

von 1673 Ml. gegen die Stadtgemeinde an. Obwohl die Stadt die tatsächlichen Angaben Marxerts, die gar nicht widerlegt werden konnten, bestritt, wurde dessen Anspruch vom Amtsgericht dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die Stadt legte Verwahrung ein, da aber trotzdem die Sache für sie schiedlich blieb, beantragte sie gleichzeitig bei der Verlobung der Regierung die Erhebung des Konflikts.

Dem ist die Regierung nachgegeben. Sie hat zugunsten der Stadt Konflikt erhoben. Das belegt zwar, daß die Stadtgemeinde von ihrer unabweislich feststehenden und auf öffentlichem gerichtlichen Wege bereits entschiedenen Schadenersatzpflicht befreit sein soll. Der Verletzte hat zwar, ohne irgendwelchen Anlaß dazu geben zu haben, einen schweren Säbelhieb erhalten, ist arbeitsunfähig gewesen und hat bedeutende Kosten gehabt, abgesehen von den ihm zugefügten Schmerzen, aber Entschädigung für alles das erhält er nach dem Willen der Bezirksregierung nicht. Der „Konflikt“ ist das Mittel der Verwaltung, eine für obliegende Verantwortung auf nichtöffentliche Wege zu befähigen. Wenn die Instrumente des Staatshaushalts bei der Gewaltanwendung gegen dessen Glieder einen Schaden anrichten, die persönliche Freiheit und die Personen selbst verletzt haben, dann ist die letzte Ausflucht der „Konflikt“, der eine Abklärung der fatalen Sache vom ordentlichen Rechtsweg auf das Verwaltungsstreitverfahren bedeutet, das viel schwieriger zu betreiben ist.

Interessant ist die Begründung des Konflikts in Halle Marxert. Sie stellt die Frage, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse schuldig gemacht habe. Eine solche, sagt sie, würde vorliegen, wenn der Beamte den Kläger, ohne daß dieser Widerstand leistete, vorsätzlich verletzt habe. Dafür liegen jedoch keinerlei Anhaltspunkte vor. Man müsse die ganze Situation berücksichtigen. Wörtlich heißt es dann:

„Nach dem Berichte des Magistrats der Stadt Halle an der Saale war die angesammelte Volksmenge den wiederholten Auforderungen der Polizei, auseinanderzugehen, nicht nachgegeben, sondern bewarf die Beamten mit Steinen. Der Kommandantführer gab deshalb den Befehl, die Straße zu säubern und von der Straße Gebrauch zu machen. Solchen Anlässen liegt stets die Gefahr vor, daß gelegentlich infolge eines Arzums auch ein nicht unmittelbar oder nicht mehr am Arzums beteiligter verletzt wird. Nur ein solcher Fall oder kann nach der übereinstimmenden Ansicht des Plenums hier in Frage kommen. Nach Lage des Falles konnte der Beamte nicht ohne weiteres annehmen, daß der Kläger Marxert nur einen ihm entfallenen Gegenstand aufheben wollte. Er konnte ebensoviele glauben, daß Marxert — wie andere — einen Stein ergreifen würde. Der Beamte hat sich also nach Ansicht des Plenums, wenn Marxert ihm infolgedessen keinen Anlaß zum Einschreiten gegeben hat, in einem Irrtum bei der Verteilung derjenigen Tatsachen befunden, die ihn zum Waffengebrauch veranlassen.“

Der Irrtum war auch nicht durch pflichtmäßigeres Verhalten des Beamten zu vermeiden, da bei der Schlägigkeit, mit der die eroberten Entschädigung gefahrt werden müssen, jeder länger dauernde Untersuchung ausgeschlossen ist. Nach der Rechtspredung des Oberverwaltungsgerichts stellt sich aber eine Amtshandlung, die durch einen — trotz pflichtmäßiger Prüfung unterzogenen — tatsächlichen Irrtum hervorgerufen ist, nicht als eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse dar.“

Wie wir hören, wird gegen diesen Entscheid das Oberverwaltungsgericht angerufen werden.

An die organisierten Arbeiter von Halle und Umgebung. Wie bereits gemeldet, sind die Tabakarbeiter der Firma W. Hänsch, Wertheburgerstraße, in den Arbeitsstreik getreten, weil Hänsch die in seiner Fabrik beschäftigten Arbeiter auslegen ließ, um sie auf gute Manier los zu werden. Er wollte sie durch Souveränetät ersetzen, weil er diese entgegen den Bestimmungen des Tariffs nicht beibringen bezahlte. Der Tarif fest bestimmende Löhne für alle Arbeiter fest, infolgedessen hat Hänsch Tarifruch begangen. Er ist aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen worden und über seinen Betrieb wurde die Sperre verhängt.

Die organisierte Arbeiterchaft wird nunmehr ersucht, Solidarität zu üben und nur solche Unternehmer zu unterstützen, die den Tarif des Tabakarbeiterverbands anerkennen. Diese Firmen sind auf einem den Zigarrengehilfen übergebenen Blatte aufgeführt. Zu gleicher Zeit werden die

Walhalla-Theater

Direktor u. Leiter: Paul Hilliges.

Mittwoch zum letzten Male:
„Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tengel.“
Wille, Brothers und gesamte Sensation.

Donnerstag Premiers.

Das kostbarste Programm der verflochtenen Saison.

11 Attraktionen Ti.

Neu! Zirkus in der Walhalla. Neu!
Marquise Dassie mit ihren 6 Ponnies.

Gastspiel Zirkus Avlio aus England.

Urkomisch! Toddi-Bären, Löwen, Straffen, Clowns,
Auguste, Pannord-Retter und Reiterinnen etc.

Werner & Amoros-Gesellschaft mit ihrer verklärten Pantomime:
Beim Filtrieren erwischt.

Gastspiel Senor Orduna, das Stimmphänomen, genannt der spanische Caruso.

Humoristen-Wettstreit:

Bernhard Posen. — Johannes Bronn.
Wayo Humorist. Zauberkünstler. — Los Hernandez Andalusische Tänzer

Mastr. Claudius, Klavier- und Chamerier-Parodist.
Der Biograph Neue Serie.

Anfang 8 Uhr. — Gewöhnliche Preise.

Die Nonne,

einer der berühmtesten literarischen Romane aller Zeiten.
Das Buch ist von hohem Interesse für jeden, der sich für die Kultur vergangener Zeiten interessiert, aber selbstverständlich nur eine Quelle für gereifte Leser.
Preis 50 Pf. 224 Seiten stark. Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

arteigenossen

an allen Orten gesucht für Vertrieb effekt. grossartiger Neuheit
20 Mr. Artikel (Neu) Louis Bonner, Barman Fabrikanten von Paris-Aachen. Auch als Nebenbeschäftigung sehr lohnend. Währende Anwesenheitsarbeiten. Kleines Anlagekapital erforderlich.

Röchin, Dienst- u. Hausmädchen für Hof u. l. d. Stadt

Louise Barwickel, gewöhnlich u. Schweizerin, Merleburgerstraße 9.

Modellschüler - Lehrling

steht ein Paul Oetl, Max, Daymstr. 38.

Gesucht nach der Schweiz

selbständiger Maschinenkerzen-Giesser

Chieren mit Gehaltsanfrage und Alter unt. Cofire 2 a. d. Exped. d. Blattes erb. — Heiderstraße 1.

Glaserlehrling gesucht

gegen Kostgeld. P. Reindorf, Glasermeister, Heiderstraße 34.

Arbeiterinnen gesucht.

Hollische Holzgewerbe- u. Kärntner-Fabrik Bahnhofstrasse 8.

Tüchtige Falzerinnen,

auch Helmarbeiterinnen, stellt sofort ein Grudewer, Kronprinzenstraße 4.

Wir suchen einige tüchtige

Wagenlackierer, Sattler, Kastenmacher

für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn. Automobilwerk Roneburg-S-A.

Arbeitsmädchen gesucht.

Gehr. Osmann, Papierwarenfabrik, G. m. b. H., Dehauerstr. 5.

Sehrmädchen

mit Damen Schneiderlei gesucht Bucherer, Thüringerstr. 25.

Gesucht werden

Agenten, Hausierer u. Wiederverkäufer, nur treue, zuverlässige Personen, für großart. fonturrenlose Neuzug. Ferner: Beschäftigung. Chieren unter Nr. 22 an die Expedition dieses Blattes.

Tüchtige, stellt ein

Schloffer J. Rau, Lehmstr. 38.

Wohnungs-Anzeigen

Mobliert. Zimmer 10 bis 18. 11.

Zirkus Cyrill Hatlé

Das Monstrum aller europäischen Zeltzirkusse.

Halle a. S., Rossplatz.

Halbtägliche der elektrischen Straßenbahn.

Vor und nach den Vorstellungen: Saumers Straßenbahn-Verbindungen.
Wiener Telefonanschluss für Erdstr. u. Fernverkehr Nr. 1377.

Zirkus Cyrill Hatlé ist ein fonturrenloses Nielsen-Unternehmen mit allen erdenklichen modernen Neuzugungen. Das 8000 Personen fassende Nielsen-Zirkuszelt mit seiner fonturrenlosen Inneneinrichtung bildet für sich eine Sehenswürdigkeit und stellt alle bisher dagewesenen Reizstoffe in den Schatten.

Zirkus Cyrill Hatlé ist kein Reklame-Zirkus, wohl aber wegen seines fontollen Apparates ein Reklame-machendes Zirkus.

Zirkus Cyrill Hatlé gastierte im vorigen Jahre in Köln a. Rh., Bonn, Gießen, Düsseldorf u. durch 3 1/2 Monate in Berlin mit Nielsen-Erfolgen.

Es stimmt nur 10 Tage.

Eine Verlängerung des Gastspiels ist absolut ausgeschlossen. Eröffnung: Sonnabend, am 18. März, abends 8 1/4 Uhr.

An den folgenden Tagen: abends 8 1/4 Uhr: **Grosse täglich Gala-Vorstellung.**

Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: je 2 große Vorstellungen 2, nachmitt. 4 und abends 8 1/4 Uhr.

In jeder Vorstellung, gleichviel ob Nachmittags- oder Abend-Vorstellung, wird ein gleich reichhaltiges, ungekürztes Programm geboten, u. a.:

Moderne Einzel- und Ensemble- mit nachheriger theilweisem Wiedermaterial. Vorgeführt durch **Mlle. de Lonval u. M. Vordan**, welche vergangenen Winter in Paris im „Cirque du Paris“ und in Brüssel im „Cirque Royal“ enormen Success erzielten.

Es ist absolut beste- und größte Reiterfamilie der Gegenwart. Neu für ganz Deutschland. Bedeutsam, nie dagewesene Leistungen.

Sosman & Ciotti, 3 russische Windhunde

in ihrem tollkühnen verwegenen Heint. Nie dagewesen: Der Sprung von 5 Personen und 2 russischen Windhunden auf ein Pferd und viele vollständig neue Tricks.

Conte Serana

der unergründliche Löwenschauplex mit seiner mit eingeleiteten Übungsgabe.

Mme. Elsa Hager,

die letzte Trägerin des berühmtesten Klammes der in allen Sportarten bekannten und angelegenen Reiterfamilie Hager, mit ihrem hervorragend besten Schimmelhengst „Kallif“.

Absolut neu für Zirkus!

Gremo Hofmann, Galspernjäger a. D., Feldentener u. Pferde.

Miss Paula Duval

mit ihrem Wunderhunden.

Hydrologische Glanz- u. wichtige Spinnmacher,

ein Feld, welches im Zirkus hat! welches hier vertreten ist.

Und vieles andere mehr, ebenfalls ein so reichhaltiges erntestarkes Programm, wie es auf einmal vorzutreten in einem anderen Zeltzirkus nie gegeben wurde.

Trotz der enormen Speise billige Preise der Plätze (inkl. der köstl. Willkührer) auf Wunsch berechnend:

Galerie (Stehplatz) 55 J. 1. Platz (nicht numer.) 1,55 J.
2. Platz (steht) 2. Platz (numeriert) 2,10 J.
3. Platz (Stehplatz) 85 J. 2. Platz (numeriert) 2,10 J.
3. Platz (Stehplatz) 1,05 J. Fremdenlogis do. 4,10 J.

In den Nachmittags-Vorstellungen spielen Militärs vom Reibnadel abwärts und Kinder unter 12 Jahren auf allen Plätzen halbe Preise. Abends volle Preise.

Wichtig: Vorverkauf ohne Preis-Aufschlag in der Zigarrenhandlung, der Firma Stalwiescher & Jansor, Halle a. S., Schillerstraße und Marktplatz, sowie ab 16. März an der Zirkus-Kasse von vormittags 10 bis 1 Uhr mittags und ab 3 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends.

Triftstr. 22 Burg-Kino, Triftstr. 22.

Nur noch heute, Mittwoch bis Freitag abend:

II. Teil. !! Die weisse Sklavin!! II. Teil.

Ferner: Ehrenhandel, Offiziers-Drama: Aristodemus, schöne Sage: Kalt gestellt, Komödie: Der Hund als Schornsteinfeger, großer Humor: Was ein Warmbildnis entsteht und schone Einlagen.

Die deutsche Gewerkschafts-Bewegung

von Karl Legien. Preis 25 Pf.

zweite, ungarbearbeitete Auflage. Zu beziehen durch alle Buchhändler und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Dora 42/43.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller. Heute, Mittwoch: Letzter Tag!

Wie kämpfte bis zur Entscheidung!

Beobler gen. Paradenon Deutschland gegen Jackson

Murzek gegen American Apollo gegen Axa

Frankreich gegen Australien Rankin gegen Jackson

Schottland gegen American Axa gegen Murzek

Australien gegen Murzek. Nach den Säulen: Oeffentl. Preisverteilung.

1. Preis 1000.—
2. „ 800.—
3. „ 600.—
4. „ 400.—
5. „ 200.—
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen heute aufgehoben.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rath M. Richards. — Fernruf 1181. —

Donnerstag den 16. März: 179. Vorstellung. I. Ab. 3. Viertel. Novität! Zum 4. Male: Novität!

Glaube und Heimat. Die Tragödie eines Volkes in 3 Akten von Karl Schönberr. Stoffentf. 7 Uhr. Anf. 7 1/4 Uhr. Ende vor 10 Uhr.

Freitag den 17. März: 180. Vorstellung. I. Ab. 4. Viertel. Novität!

Zum 11. Male: KönigsKinder. Aufführung in drei Bildern von Engelbert Humperdinck.

Schauspieler Nachrichten

Gesetzlich (Steinweg 2), 14. März. Aufgehoben: Bahnarbeiter Marzowsch und Marie Kiefer (Weipzig und Hallenserstraße 1a). Arbeiter Salinger und Marie Tille (Gartenstr. 2a und Lindenstr. 4a). Arbeiter Thomas und Selma König (Frohthain und Magdeburgerstraße 22). Klempner Tempel und Vina Berner (Schmerstraße 14 und Wilhelmstr. 21). Schlosser Schuler und Diana Jände (Königsstraße 70 u. Jakobstraße 30). Schlosser Bilde und Emma Stroumann (Strehlenstr. 1 u. Schmöldersstraße 19). Möbelhändler Pankowski und Auguste Hofmann (Merseburgerstraße 82 und Alt-Scherbich). Kaufmann Herrmann u. Clara Bantemann (Hl. Ulrichstraße 22 und Ursulastr. 3). Arbeiter Peter u. Marie Neuberger (Merseburgerstr. 88 und Wallnerstraße 2). Zimmermann Gans und Anna Henniger (Merseburgerstraße 46 u. Derscherstraße 6). Schlosser Harun und Selma Neuter (Stargard und Völsch).

Geboren: Arbeiter Hauptkoffer S. (Ringierstraße 26). Richter Stredak I. (Lindenstraße 71). Malimit Roumann I. (Belvederestraße 134). Hofmeisterführer Train S. (Mühlstraße 17a). Werkheller, Eisenbau I. (Krausenstraße 19). Eisenbahn-Bauhilfsarbeiter Roumann (Dresdenerstraße 6). Kaufmann Martens S. (Mansfelderstr. 23). Arbeiter Bongard I. (Königsstraße 82). Schlosser S. (Königsstraße 82). Arbeiter Hoffstedt I. (Nr. Steinstraße 67). Maurer Reiniger T. (Thüringerstraße 22). Arbeiter Langsam S. (Tobler 1). Eisenbahn-Bauhilfsarbeiter Gänge S. (Schloßbergstraße 7). Former Groß I. (Höllbergweg 22). Arbeiter Belfort aus Hüttenfeld S. (Hilmit). Knopfmacher Gölle aus Frankendauten S. (Hilmit).

Geboren: Bauarbeiter Bauernpohndorf aus Damburg, 24. J. (Lindenstr. 2a). Brauereiarbeiter Gieschapel I., 1 J. (Dresdenerstraße 6). Garteninspektor A. S. (Friedrichstr. 75). Garteninspektor S. (Friedrichstr. 25). Tischlerberg 7. Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 14. März.

Aufgehoben: Arbeiter Barth und Verta Schüge geb. Albrecht (Belvederestr. 4 und Belvederestr. 4). Malierer Leichmann und Partia Roumann (Bismarckstraße 24 und Gabelbergstr. 10). Klempner Gulich und Emma Damm (Sennepf. und Neumarktstr. 6). Eisenbahn-Bauhilfsarbeiter Götze (Goethestraße 13 und Hofstraße 9). Schlosser Brühke u. Dag Wöfling (Betersbergstraße 4 u. Troitzstraße 48). Elektrotechniker Dautcourt und Selma Bogit (Hohensollernstraße 4 und Ernst-Moritz-Arndtstraße 8).

Geboren: Arbeiter Schmidt S. (Große Brunnenstraße 56). Arbeiter Grohmann S. (Park 24). Malierer Betke S. (Belvederestr. 8). Kaufmann Jände S. (Goethestraße 26). Pianier Fischer I. (Ludwig Buchererstraße 34).

Ich empfehle besonders:

1a. Schinken-Speck 1 Pfund 98 Pf. 1/2 Pfund 65 Pf.

1a. Mettwurst 1 Pfund 110 Pf.

1a. Schweizerkäse 1 Pfund 100 Pf.

Beste Bauerntafel 3 Stück 10 Pf. 8 Stück 25 Pf.

Grosse Landkäse 1 Stück 8 Pf. 10 Stück 72 Pf.

Molkerei-Butter 1/2 Pfund 65 Pf. 1/4 Pfund 33 Pf.

Knäusels Speise-Fett fertig gewürzt, wie 3/4 Pfund 33 Pf.

Zum Kauf u. von Fleischwaren werden auch ungegriffene Hausfrauen nicht mehr das sogenannte Hamburger Salz-Preßfett, sondern

Knäusels Schmalz 1 Pfund 56 Pf.

Cocos-Schmalz 1 Pfund 48 Pf.

Tafel-Kaiserrin Wer probt, lobt!

Das Urteil

Der Herr Dr. Ruttner und Uhr Ulrich vom königl. Amts- und Landgericht Leipzig für Nachmittagsmittel verordnete Sachverständige, welche wie nachfolgend folgt, schreiben: „Ihre und gefundene Probe zeigten sich durch guten Geruch und äußerlich feinen, milden Geschmack aus. Der Reizgehalt, der Wasserhalt und die Säuregehalt sind wie bei jeder Natur-Butter in durchaus normalen Grenzen. Wir können der Produkt als von ausgezeichneter Qualität bezeichnen und dürfte dasselbe einen vollständigen Erfolg für Molkereibutter bieten.“

Ich empfehle ferner:

Gochwein Apfelsinen 3 Stück 10 Pf.

Zitronen 3 Stück 10 Pf.

Albert Knäusel, Bernburgerstrasse 18, Jägergasse 2, Leipzigerstrasse 72, Schmeerstrasse 21.

Hallesche Möbelhallen

Th. Pollak, Fernruf 1313.

Brüderstrasse Nr. 12.

Einrichtungen von Hotels u. Restaurants stets vorrätig.

Möbel

jeder Art in reichster Auswahl, gediegener Arbeit billigt!

Spezialität: Komplette Wohnungs-Einrichtungen

und

Einrichtungen von Hotels u. Restaurants

stets vorrätig.

Soziald. Verein für Halle a. S. und den Gaalkreis.

Sonabend, den 18. März 1911, im großen Saale des „Volksparkes“, Burgstraße 27:

März=Feier

bestehend in Gesangs- und Instrumental-Konzert, turnerischen und verschiedenen anderen Aufführungen, unter Mitwirkung des „Arbeiter-Sängers“, des „Freien Gemischten und Frauenchors“ sowie des Turnvereins „Fichte“.

Die Festrede hält der Genosse Fritz Kunert aus Berlin.

Einlaß 7 Uhr.

Eintritt 20 Pfg.

Ohne Karte kein Zutritt.

Anfang 8 Uhr.

Eintrittskarten sind für die Mitglieder und deren Angehörige: bei sämtlichen Funktionären, sowie im Parteisekretariat, Harz 42/43, zu haben.

Sozialpolitische Abrechnung.

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung, Dienstag, den 14. März 1911, nachmittags 1 Uhr.

Zweite Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern.

Abg. Dauter (Däne): Der Staatssekretär sagte gestern, über die Auslegung des Reichsvertrages herrsche die Ansicht, daß die preussischen Zentralbehörden und dem Abgeordneten Müller-Meinigen volle Lebensversicherung. Von den unteren Verwaltungsbehörden aber wird das Gesetz anders ausgelegt. Es fehlt vor allem an der nötigen Führung zwischen dem Reichsamt des Innern und den preussischen Zentralbehörden; das Gesetz und die Lebensversicherung der Schulbehörden, die gelangt auf alte Kabinettsordnungen von 1834 und 1868 mit Hilfe der Polizei das Turnen der Jugend bei Sozialdemokraten, Polen und Dänen verhindern und zwar im Widerspruch mit der Gewerbeordnung, wie auch vom Reichsamt geteilt anerkannt ist. Der Staatssekretär sollte es sich auslegen sein lassen, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Abg. Dauter (Str.): Im Interesse des Mittelstandes sind stets beim Reichsamt Einigungen; wir wünschen aber, daß diese Einigungen nicht zu Gewerkschaften werden. Dem Abg. Fischer bemerkte ich, daß dieser Reichstag sozialpolitisch nicht unfruchtbar war, ich erinnere an den kleinen Verfassungsnachweis, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen aller Gewerke, die dem Mittelstand zugute kommen. — Der Redner begründete dann die Resolution des Zentrums auf Verhängung der Vorschriften über die Wanderlager und Wanderkaufleute und auf Unterdrückung des heimlichen Warenhandels. (Zust. i. Ztr. u. rechts.)

Abg. Graf von Kanitz (Holl.): Es hat mich angenehm überrascht, daß Herr Reichsamt gestern ausführte, die national-liberale Partei liege gefolgt auf den Boden der Sozialpolitik. Dessenhalb möchte ich auch die Resolutionen in diesem Zusammenhang und schaffen so die Vorbereitung für ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen. (Gr. Beifall links.) Dem Gedanken der national-liberalen Resolution, die sich gegen die Gefahr einer Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels durch die Standard Oil Company wendet, stehen wir sympathisch gegenüber. Aber über ein etwa in Aussicht zu nehmendes Monopol sollte man nicht öffentlich diskutieren. Ich möchte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die zahlreichen Wanderversuche in den letzten zehn Jahren, nicht weniger als 85, richten. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um

betrügerische Manipulationen der Wanderversuche.

Wir erlitten um Vorklage eines Gesetzes, welches das Substitut vor diesen Verbrechen zu schützen geeignet ist. Das Substitut sollte sich nicht durch die Sicht nach höheren Zinsen zu unethischen Anlagen seines Geldes verleiten lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Koch (Soz.):

Um wenigen Monaten haben wir vor Neuwahlen, und deshalb muß der Reichstag den Wählern Rede und Antwort stehen über das, was er auf sozialpolitischem Gebiet geleistet hat. Die Redner der bürgerlichen Parteien scheinen aber dieses Bedürfnis nicht zu fühlen. Herr Reichsamt warf uns vor, wie häufig in der Kommission für die Reichsvertragsuntersuchung Anträge gestellt, welche die Mehrheit nicht annehmen konnte. Das geriet uns nur zum Lob. (Zust. h. d. Soz.) — Der Staatssekretär wies auf die außerordentliche Tätigkeit des Reichsamts hin. Was ist denn aber mit der Gewerbeordnungswelle. Sie bringt nur, was

der Zentralverband deutscher Industrieller gestattet hat, alles über das sie fallen gelassen. Die Regierung hat das Arbeitsamtergesetz nicht etwa fallen lassen, weil der Reichstag keine Zeit hat, sondern weil die Regierung unabhängige Arbeitersekretäre nicht in den Arbeitsämtern haben

will. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Staatssekretär räumt die Entlohnung der Gemeindefunktionäre. Sie hat dahin geführt, die Gemeindefunktionäre zu hebeln und ihnen den Mund zu stopfen. (Sehr wohl! h. d. Soz.) Zur Förderung von Kleinwohnungen für Arbeiter und Beamte in Reichsbetrieben sind nur zwei Millionen in den Etat eingelegt, und in der Budgetkommission erklärte Reichsamt von Steinlich, für diesen Zweck sei nicht mehr Geld vorhanden. (Zust. h. d. Soz.) Das sagt der Redner der Partei, die für die neue Gewerbeordnung 141 Millionen übrig hatte. (Sehr gut! h. d. Soz.) — Leber die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in Kontoren sind von 1901—1908 erhebungen angelegt, und auf Grund derselben verlangt der Reichsamt für Arbeiterkassen eine höchstens vierhundert Reichsmark. Geht es in dieser Richtung nichts. Ebenfalls nicht es mit der Handelsinspektion. Es besteht noch nicht einmal der gesetzliche Fortbildungszwang. Im Jahre 1907 erlaubte der Staatssekretär Dr. Nieberding an, daß die Konfurrenzsteuer für Handelsangestellte und Techniker geändert werden müsse. Heute will der Staatssekretär noch einmal in Erwägung eintragen. (Zust. h. d. Soz.) Einmütig erklärte der Reichstag, daß im § 63 des G. O. B. das Recht der Angestellten im Krankheitsfall 6 Wochen Gehalt zu beziehen, sicher gestellt werde. Aber die Regierung weigert sich, und bleibt in dieser Frage fest. Handelt es sich doch nur um Arbeiter.

(Sehr richtig! h. d. Soz.) Leber die Handelsabgabe des Vertriebsgesetzes wird ein anderer Redner der Reaktion sprechen. Erwogen will ich aber hier doch das

Vorgehen gegen die proletarische Jugendorganisation.

Die sogenannten christlichen Jugendorganisationen treiben ungehindert Politik, Politik ohne jede Verbrämung. (Sehr richtig! h. d. Soz.) aber kein Staatsanwalt pleiß danach. Aber gegen die Organisationen der freien Jugend geht man vor, man schikanieren sie, man löst sie auf, auch wo sie nur nicht bestehen. Sie sind wie dazu gekommen die proletarische Jugendbewegung ins Leben zu rufen? Ganz einfach weil die bestehenden sogenannten „christlichen“ nationalen Organisationen zu reaktionären Jueden mißbraucht werden oder aber

ganz ungenügend die Aufgabe der Bewahrung der Jugend vor

faulischen Gefahren erfüllen.

Unter diesen Umständen war es unethisch fittliche Pflicht, uns der proletarischen Jugend anzunehmen. (Zust. h. d. Soz.) Die Organe des Staates aber, die diese unsere Bestrebungen auf jede nur mögliche Weise

unter offener Verhöhnung von Recht und Gesetz,

zu fördern suchen, machen sich direkt einer Verdrängung am

leiblichen und geistigen Wohle der Arbeiterkassen schuldig. (Zust. h. d. Soz.) Was ist das, was ich jetzt sagen will? (Zust. h. d. Soz.)

Verdrängung des Arbeiterkassen haben in dieser Debatte wieder das alte Lied vom „Terrorismus der Arbeiter“ gemacht. Ich leugne nicht, daß bedeutende Fälle vorkommen. (Zust. h. d. Soz.) — Ja, meine Herren, was wollen solche vereinzelte Fälle sagen? Alle verantwortlichen Stellen in der Arbeiterbewegung sind auf alle Weise betriebl. solche bedeutenden Entlohnungen zu unterdrücken und die Arbeiter zur Selbstherrlichkeit zu erziehen. (Zust. h. d. Soz.) — Aber die Leute, die fortgesetzt über sozialdemokratischen Terrorismus

schreien, sollten lieber über die Verhältnisse des unethischen, faulischen, hündischen Terrorismus forschen, der vom Staat und Unternehmern vertriebt wird. (Zust. h. d. Soz.) Werden nicht die Arbeiter in Staatsbetrieben immer verhindert, sich so zu sammeln wie in anderen Betrieben? (Zust. h. d. Soz.) Werden nicht

Lehrer mit Entlassung gedroht,

um weil sie in Versammlungen gewesen sind, in denen ein Sozialdemokrat das Wort ergreifen hat? (Zust. h. d. Soz.) Und

h. d. Soz.) Und was ist das, was ich jetzt sagen will? Ich habe hier über den angeblichen Terrorismus der Gemeindefunktionäre gesagt, hat sich einmal umsehen können, wo würde er bald, speziell in seinem Vädgeremede, eine Reihe von Fällen von

Unternehmerterrorismus

endenken, die beweiselte Feindschaft mit Expression haben. (Zust. h. d. Soz.) Also, meine Herren, sagen Sie leicht erst vor Ihrer Tür, daß Sie mit Klagen über anderer Leute Terrorismus kommen. (Zust. h. d. Soz.)

Der Staatssekretär hat sich bemüht, die Anlagen meines Freundes Fischer zu mißverstehen, und hat den Stillstand der Sozialpolitik betritten. Die bürgerlichen Redner schändeten dem Staatssekretär, und Herr Reichsamt enthielt sich über die Werbung, daß die Unternehmer die Arbeiter zwar nicht mehr verbürgen, aber doch hungen lassen. Das dies aber wirklich mindestens jetzt noch der Fall ist, beweist ein unverdächtig Dokument, die amtliche Begründung der Reichsversicherungsordnung. (Zust. h. d. Soz.) — Wie hat das Zentrum sich mit der Witwen- und Waisenversicherung geäußert, mit der es den Jostwider verbrämt hat. Und was wird, vorausgesetzt, daß ich überhaupt etwas zustande kommt. (Zust. h. d. Soz.) — Die Einseitigkeit der Reichsversicherungsordnung wird doch nicht beim Etat des Reichsamts des Innern zu erörtern. (Zust. h. d. Soz.)

Abg. Koch (fortfahrend): Die Witwen- und Waisenversicherung bezu. ihre Nichtinflation gehört allerdings zur Sozialpolitik bezu. zur Nichtinflation, und diese gehört zum Reichsamt des Staatssekretärs des Innern. (Zust. h. d. Soz.)

Die Privatbrennereierhöhung ist verprochen worden, alles Mögliche ist verprochen, aber nicht gehalten worden. (Zust. h. d. Soz.)

Der Reichstag hat sozialpolitisch nichts vertragen, dabei wurde im Wahlkampf Erfüllung sozialpolitischer Forderungen in erster Linie zugesagt, und in dem neu zusammengetretenen Reichstage lang man dasselbe Ziel. Man wollte ja

die Arbeiter vor der Sozialdemokratie retten.

Gefahren ist aber nichts. (Erregter Widerspruch des Abg. Behrens.) Die Organisations denken anders darüber. Herr Behrens; der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der Schad-Verband, hat im Januar 1910 den sozialpolitischen Stillstand bedauert. Man kann aber auch den Seiten des Herrn Schad nicht mehr das Maul vom Himmel herunter vorreden. (Zust. h. d. Soz.) Am 15. August 1910 sprach diese Schad-Leute von der tiefen Notstand und Hoffnungslosigkeit, die sich in Deutschland der Gemüter bemächtigt, weil eben die Sozialpolitik im Handelsgeverbe völlig verlagert hat. (Zust. richtig! h. d. Soz.)

Eine richtige Wändigung dieses Stillstandes ist nur möglich, wenn man

die Entwicklung des Großkapitals

behandelt. Es ist derartig angegangen, daß es für die Sozialpolitik nicht unbeachtet bleiben kann. Die Kleinrentiere haben sich seit der Gewerbe- und Vertriebsabgabe von 1905 bis zu der von 1907 von 285 mit 408 776 Arbeitern und 362 711 Pflanzern, auf 385 mit 987 467 Arbeitern und 821 72 Pflanzern vermehrt; während die Zahl aller Betriebe um 106 Prozent gewachsen sind, sind die Kleinrentiere um 85,1 Proz. gewachsen. (Zust. h. d. Soz.) Die Arbeiterkraft im ganzen ist um 43,3 Prozent gestiegen, die in Großbetrieben um 114,6 Prozent. (Zust. h. d. Soz.) Die Zahl der Pflanzern ist um 139 Prozent, die in den Großbetrieben um 231,5 Prozent. (Zust. h. d. Soz.) Was das bedeutet, zeigt sich in der Vereinigung des Geldes in den Großbetrieben und in der Vereinigung der Kleinrentiere zu Kartellen. Die Berliner Großbetrieben arbeiten mit einem Kapital von 2 Milliarden, die Deutsche Bank hatte im letzten Jahr einen Umlauf von 112 Milliarden. Selbst die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte, schrieb, um der Sozialdemokratie nicht einen Finger zu geben, leugne man den Mann zwischen Kapital und Arbeit, der aber heiliger Saft und Stärke haben unsere Industrie in der Hand und herrschen den Kredit. Die Sanftfaltung nimmt zu. Für die Kleinen bedeutet diese Entwicklung eine erdrückende Kreditkraft. Das sagt das Organ des Bundes der Landwirte. (Zust. h. d. Soz.)

Was soll gegen die Entwicklung geschehen, wird gefragt. Wir haben es hier gar nicht mehr mit einer Privatwirtschaft zu tun, nur einige wenige Gebiete über die ungenügenden Mittel dieser Wirtschaft, zum Schaden der Gesamtheit. (Zust. h. d. Soz.) Diese wenigen betreffen den Staat lediglich als Organi-

zur Ausbeutung der arbeitenden Klassen.

Der Abg. Graf Kanitz sagte sehr über die Schädigung des Publikums durch betrügerische Fälschungen und denarische Manipulationen...

Ich will zu Ehren des Staatssekretärs annehmen, daß er aus dem neuesten Stadium und Antidotum heraus zu diesen Umständen kommt...

Genau so wie der Staatssekretär sich aus über die doch wirklich sehr interessante Anti-Angelegenheit, die seit einigen Tagen nun schon die Budgetkommission beschäftigt...

Sandwerkmüller als sozialpolitische Redner vor. Die Hoffnung, irgendwelche erhebliche Teile der Arbeiterklasse für sich einzufangen, haben diese Parteien wohl kaum aufgegeben...

Die Sozialdemokratie kann allen diesen fraktionären Anstrengungen über Gegner mit Sicherheit zusehen. Sie weiß, daß alle Versuche, die Arbeiter zum Scheitern zu bringen...

Intelligente, gekulte, selbstbewusste Arbeiterklasse. Mit einer verlässlichen Selbstenkenntnis läßt sich keine moderne Industrie aufrecht erhalten...

Dem Vorredner war interessant in meinen Ausführungen, was ich nicht gesagt habe, und da vermitere er, daß ich nichts darüber gesagt habe...

Was geht denn das Parlament an? (Sehr richtig! rechts.) Der Abgeordnete Fischer schloß aus dem Inhalt...

Was ist sozialpolitisches Gebiete? (Sehr richtig! links.) Alles Vermittelte ist von uns angetastet. (Sehr richtig! links.)

ein außerordentliches liberales Vereinsgesetz gebracht. (Schöne! links.) Das einzelne Mitglieder von Kommunisten...

Abg. Wiefand (Wolff): Man kann nicht so ohne weiteres von einem allgemeinen Rückgang des Sandwerkes sprechen...

Abg. Fischer v. Camp (Meißn): Der Abg. Hoch hat wieder einmal die Sozialdemokratie herausgeholt. Aber die deutsche Arbeiterklasse...

Die Frage der Tarifverträge ist noch keineswegs gelöst. Man muß die weitere Entwicklung dieser sehr schwierigen Frage abwarten...

Abg. Jund (natlich): Den letzten Ausführungen des Vorredners kann ich mich nur anschließen. Der Resolution des Zentrums...

Um die einzelnen Fälle kann sich der Reichsanwalt natürlich nicht kümmern, aber aus der Reichsaufsicht folgt doch die Notwendigkeit...

Abg. v. Strodum (Zentr.) wendet sich gegen die Resolution auf Bekämpfung des Handwerksverkehrs und erklärt, daß mehrere seiner Fraktionsgenossen ebenfalls gegen diese Resolution...

Abg. Külle (Wirtsch. Pa.) berichtigt sich über Finanzreform und Automobile. Dierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Terrorismus der Chemnitzer Metallindustrie. Die Chemnitzer Gießerei-Unternehmer nehmen in ihrer Werbung ihre Zustände bereits zu dem bekanntesten Mittel der Unternehmung...

Mit solchem Terrorismus will das Unternehmertum die um gerechten Lohn und um Einrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit kämpfenden Arbeiter klein kriegen...

Gewerkschaftliche Kämpfe in Dänemark. Die von den Internernehmern angeführte allgemeine Aussperrung im Zimmerergewerbe Dänemarks ist glücklicherweise abgelehnt worden...

Abg. Jund (natlich): Den letzten Ausführungen des Vorredners kann ich mich nur anschließen. Der Resolution des Zentrums auf Förderung des Tarifvertrages...

Bestimmten Mitgliedern des Reichsmannes zu beabsichtigt zu sein. Es ist festgestellt, daß es natürlich die geltenden Arbeiter nicht die Arbeit der Aussperrten verrichten werden...

Eingegangene Druckschriften. Zentralverband der Wäcker, Konditoren und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Jahrbuch 1910. Verlag D. Almann...

Aus den Nachbarkreisen.

Rechtstreue Verurteilung vor Gericht. Die gelamte bürgerliche Presse, besonders aber die schon oft gekennzeichnete Mansfelder glaubt, ein Briefing zu fortgesetzter Verhöhnung...

Trop des auffallend gelinde ausgefallenen Urteils glaubte der Verurteilte noch Verurteilung einlegen zu müssen, und so kam die Geschichte nochmals vor der Eislerer Staatsanwalter zur Verhandlung...

Und diese armenigen Zeugnisschreiber machen sich die Redheit an, gegen die Sozialdemokratie kämpfen zu wollen. Man sieht, wieviel 'Geist' dazu gehört...

Schändlich. Jahresbericht der Ortskrankenkasse. Die hiesige Ortskrankenkasse hat fürzlich ihren Rechenschaftsbericht für 1910 herausgegeben. Der Mitgliedsbeitrag betrug beim Veranlassung des Jahres 2008...

Besteht. Was man einem Proletariat nicht vorzuenthalten darf! Mit dieser Frage beschäftigt sich getrennt die Strafkammer in Halle, vor der ein Mann aus hier wegen Verdrucks angeklagt war...

Auf Abzahlung!

Möbel	Anzüge
für 48 M., Anz. 3 M.	für 24 M., Anz. 4 M.
für 95 " " 6 "	für 36 " Anz. 6 "
für 180 " " 12 "	für 48 " Anz. 8 "
für 285 " " 22 "	für 58 " Anz. 10 "
für 360 " " 28 "	für 68 " Anz. 15 "
für 450 " " 35 "	

Einzelne Möbel von 2 Mk. Anzahlung an.
Damen - Paletots, Röcke, Kostüme, 5 Mk. an.
 Alles im bestreunomierten, vornehmen und kultanten
Möbel-Ausstattungs-Geschäft
N. Fuchs
 Halle a. S.,
 nur Gr. Ulrich-
 str. 55, 11 u. 111

Kredit nach auswärt, streng diskret.
 Wagen ohne Firma.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderobe legen, bieten sich Gelegenheiten, sich in dem Kaufhaus für Herren-Bekleidung mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen. Wir versehen unsere Anzüge, Paletots etc. teils aus ersten Herrenmenschenstoffen, teils von Herrschaften, Doktoren etc., die bei ersten Schneidern arbeiten lassen. Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadelloser Sitz auszeichnen. Wir empfehlen getragene Anzüge 10 M., 14 M., 20 M. etc., Paletots 8 M., 12 M., 18 M. etc. Gesellschafts-Anzüge werden billig verteuert.

Abteilung II: Neue Garderoben.

Kaufhaus für Herren-Bekleidung, G. m. b. H.,
 am Leipzigerstr. 11, 2 grosse Schenkenstr.
 Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

TURUL-SCHUHE

erfrouen sich allgemeiner Beliebtheit durch ihre Hervorrag.Pasform Elegantes Aussehen Garant.f.Haltbarkeit Billige Preise.



Einheitspreis f. Herren- und Damenstiefel: **7.25**
 Spezialmarke **9.50**
 Original
 Goodyear Welt
 TURUL-SCHUHFABRIK:
Alfred Fränkel, COM.-GES.
 Verkaufsstelle:
HALLE a. S., Grosse Ulrichstrasse 17.
 Verkaufsstellen in allen größeren Städten Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns.

Allgemeiner Konsum-Verein für Halle u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

Donnerstag, 23. März 1911, abends 7/9 Uhr im „Volkspark“
Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:
 1. Der genossenschaftliche Notfonds.
 Referent: Genosse **Everling**, Hamburg.
 Sekretär des Konsum-, Spar- und Bauvereins „Produktion“, Hamburg.
 2. Geschäftsbericht über das abgelaufene Halbjahr.
 3. Bericht der in der General-Versammlung am 28. September 1910 gewählten Kommission.
 Der Aufsichtsrat: **Otto Niebuhr**, Vorsitzender.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Sozialdem. Frauentag!

Am Sonntag den 19. März finden in folgenden Orten:

Gisleben, bei Fessel	nachm. 3 Uhr,
Hettstedt, Preuß. Hof	
Helbra, Sonne	
Klostermansfeld,	abends
Zeuziger Kaser	7 1/2 Uhr
Schraplau, Bürgergarten	

Öffentliche
Frauen-Versammlungen
 statt. — Referentinnen sind:
 Frau Lungwitz-Berlin; Frau Bollmann-Halberstadt;
 Frau Sperling-Halle.
 Zahlreichem Besuch sieht entgegen
 Der Einberufer.

Nicht laut genug

Thermometer für Zimmer und Fenster.
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Jede Mutter bewahre ihr Kind vor Skropheln, engl. Krankheit, Ausschlag durch Eingehen von

Medicinal-Lebertran-Emulsion. Bestes Blutreinigungsmittel. Erleichtert das Zahnen. Flasche 1 Mk. und 2 Mk.

Max Rädler, Drogerie, Handelsstrasse 2.

Erprobtes Hustenmittel
 ist mein selbstgegotter schwacher
Johannisbeersaft.
Karl Krütgen,
 Universal-Drogerie,
 Merseburgerstrasse.

Die haltbarsten
 Reischofen, Eisenrührer, Porzellanofen, empfiehlt billigst
Heinr. Krasemann
 seit 1875 nur Schneemstr. 19.
 Mitgl. d. Rab.-Sp.-Ver.

Kaufe
 Papier, Bücher, Lumpen, Eisen, Gummi, Metalle u. Felle.
Herm. Rein,
 Halle-Gleichenstein,
 Königsberg 5. Tel. 2409.

kann ich es sagen und will nochmals besonders darauf hinweisen, dass mein Lager an Fülle und Preiswürdigkeit den ersten Platz einnimmt. In Füllen, wo andere Bezugsquellen Unzufriedenheit gebracht haben, diene ich mit tadelloser Ware bei ungewohnt billigen Preisen. Jeder Gegenstand ist mit deutlichen Zahlen versehen u. macht den Einkauf leicht. Ansicht meiner Waren ohne jede Auldringlichkeit.

Massiv gold. Damenuhr v. 15 Mk.
 Massiv silb. Damenuhr v. 10 Mk.
 Massiv silb. Herrenuhr v. 10 Mk.
 Massiv gold. Herrenuhr v. 20 Mk.
 Trauringe nach Gewicht in jeder Preislage.

Sparmann's
 Uhrenfabriklager,
 Gr. Steinstrasse 47 (neben Wehnhof).
 Reparaturen massenweise billig.
 — Vorherige Preisangabe. —
 Feder 1 Mk. usw.

Osendorf.
Stiefel- u. Wurf-Breite.
 Schmelzblech A 3/4 80 u. 85 Pf.
 Rindfleisch „ 85 u. 90 „
 gemmeleisch „ 90 „
 Rot-, Feder- und Schweinefleisch „ 90 „
 Schmalz „ 110 „
 Schinken und Schinkenbraten „ 120 „
Richard Rosche.
 Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi lauft
Albert Bode jun., Staust. 22.

Verlobten

empfehlen wir unsere grosse Auswahl in kompletten, gediegenen
Musterküchen.
 Porzellan-, Glas- und Kristallwaren.
 Haushaltungs-Magazin
M. Bär Nachf.,
 Gr. Ulrichstrasse 64.



Eier! Eier!

Frische, wohlschmeckende, neue Ware,
 à Mandel **90** Pf.
F. H. Krause.
 12 eigene Geschäfte.

Verein für Feuerbestattung

in Halle a. S. und Umgegend, E. V.
 Mitgliederzahl ca. 810. Jahresbeitrag 3 Mk.
 leistet seinen Mitgliedern bezw. Angehörigen bei Hinscheidungen erhebliche Vergütungen und Erleichterungen. Näheres durch Satzungen und Jahresbericht, welche auf Wunsch zugesandt werden. Anmeldungen neuer Mitglieder durch Postkarte erbittet.
 Der Vorstand.
 Fernspr.: 1293 (Vorsitzender); 3817 (Kassenführer).

Kramers Gasthaus

Zellig: **Frei-Konzert**
 vom Original-Biener-Schrammel-Quartett
 „Weana Gemüth“.
 Dir. Schneider.

anale blaue, blaue Nieren, Pantens Jull-Nieren, Nicker Vor-der-Front, blaue Nieren, Up-to-states, Belleroborier, Woltmann, Weltwunder und diverse andere Sorten; unfortieure weiße runde, waggowweise auch einzeln, offeriert billig

Paul Otto, Halle a. S., — Nimmeystr. 4. — Fernruf 3329.

Fische
 Sortimenten
 10 Stück, echte Kieler
 Dacklinge, 30 Sprotten, 1 fetter Bauch-Ank,
 1 Hesse-Lachs-Bratung, 1 Hesse-Bratung,
 1 Hesse-Bratung, alles zusammen M. 3.50
Gerh. J. Voigt, Kiel.

Geröstete Kaffees
 von Mt. 1.40 bis Mt. 2.—
 empfiehlt in vorzüglicher Qualität
Carl Bouché, diag. im Turm.

In. Etabl.-Hochstr. 8. Oswalds Nachf., Geitstr. 34.

Aufsichts-Beitrag empfiehlt
 Beitrag-Beitrag.